Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 203. Donnerstag, den 30. August 1917. 24. Jahrg.

Stockholm, der Weg zum Frieden.

Der methodische Wahnsinn der Menschenschlächterei tobt weiter. Die Schlachten, die jetzt geschlagen werden, sind den Völkern Europas aufgenötigt durch besessene Verblendung: denn dieser Massentod nützt nichts, verändert nichts, ist militärisch und politisch verloren. Der tolle Kriegsfanatismus der Westmächte überbietet sich selbst und vergießt eigenes und fremdes Blut ohne Sinn und Zweck. Genosse Troelstra hat recht, wenn er sagt: Die Haltung der Vierverbandsregierungen wird für einen Menschen mit gesundem Verstand immer unbegreiflicher.

Es gibt für dieses Vorgehen nur eine Erklärung: der Kriegswille, der schon längst im Abbröckeln war, bricht überall in der Welt zusammen und der Friedenswille erstarkt. Darum kämpfen jene Regierungen, die an den Krieg große Hoffnungen geknüpft, die von ihm ihren Völkern gewaltige Verheißungen gemacht haben, auch im Innern ihres Landes mit wachsender Wildheit gegen das erwachende Gewissen der Völker, suchen es draußen mit lauter militärischer Aktion zu betäuben und daheim mit verbissener Gewalt zu ersticken. Die Demokratien des Westens fangen an, ihre Geschichte zu verleugnen und ihre eigene Ehre zu schänden, indem sie die Friedensmahner durch Ausnahmsregeln verfolgen. Wir hören von Amerika außerordentlich wenig, die Beherrschung der Kabelverbindungen durch die Regierungen schnürt es von Europa und zumal von uns ganz ab. Nun wird bekannt, daß dieser größte Freistaat der Welt die Presse der Sozialisten unterdrückt und die Vorkämpfer des Friedens einkerkert! Frankreich beschlagnahmt die Presse der sozialistischen Minderheit. Lloyd-George bekämpft die friedensfreundliche Richtung der Arbeiterklasse mit den gewagtesten Mitteln der Demagogie und selbst die soeben aus der Revolution geborene russische Regierung Kerenskis kehrt die ganze Wucht ihres Ansehens und ihrer Gewalt gegen die Bolschewiki, die entschlossensten Friedenskämpfer des russischen Proletariats. **Ueberall aber dreht sich der Kampf um Stockholm, überall um den Sozialismus!**

Stockholm ist ein Richtpunkt für alle Völker geworden, ein Angelpunkt der Politik aller Regierungen. Das Stockholm, das noch nicht tagt, Stockholm in Vorbereitung, Stockholm als bloße Drohung ist eine neue Großmacht geworden und Regierungen und Völker stellen diese in Rechnung. Im Augenblick liegt das Gewicht gar nicht in den kommenden Verhandlungen und in deren wesentlichem Inhalt. Was die Konferenz selber bringen wird, tritt ganz zurück hinter der Tatsache ihres bloßen Zusammentritts. Die bloße Tatsache, daß die Proletarier aller Länder um des Friedens willen, im Geiste der Verständigung in einem Saale beisammen weilen werden, ja die bloße Tatsache, daß sie zusammenkommen wollen, ist für alle Kriegführenden, vor allem aber für die kriegverlängernden Regierungen eine ständige Warnung, eine wachsende Bedrohung, das täglich näher schreitende Verhängnis. Stockholm ist eine höchst moralische Gewalt in der Welt, noch bevor es ist!

Troelstra, der verdienstvolle Mitanreger und Vorbereiter der Konferenz, hat ja recht, wenn er sagt, die Konferenz sei niemals etwas anders gewesen als eine von den Sozialdemokraten Schwedens, Norwegens, Dänemarks und der Niederlande ausgehende Parteiangelegenheit der Internationale und keine Regierungsangelegenheit. Stockholm ist eine geplante Veranstaltung der sonst so gering geachteten, der bereits totgesagten Internationale, eine Veranstaltung des proletarischen Sozialismus der Welt, eine reine Arbeitersache. Aber der Kampf um Stockholm ist weit mehr geworden: Er ist ein Barometer des Friedenswillens und der Friedensbereitschaft jedes Landes wie der ganzen Welt geworden. Unter dem Namen Stockholm kämpft die Vernunft des Friedens wider den Wahnsinn des Krieges, die Menschlichkeit wider die Unmenschlichkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl alles dessen, was Menschenantlitz trägt, wider die barbarische Tollwut des Imperialismus!

Und Stockholm ist die letzte Zuflucht der Wahrheit in der Welt. Ein Netz von Entstellungen, von Lügen, von gehässigen Verleumdungen hat die geknechtete Presse über alle Völker geworfen und sie dadurch in den Bann des Kriegswillens geschlagen. Der Imperialismus ist darum ein tausendfach gefährlicherer Feind der Menschheit als die blutigsten Gewalthaber der Vergangenheit, weil er alle Mittel der modernen Demokratie in seinem Dienste mißbraucht und dadurch die Massen durch Täuschung leichter und länger zwingt, als die brutale Macht das vermöchte. Schon das ist ein wahrer Segen, daß es inmitten der allgemeinen Wirrnis der Geister eine Stelle gibt, wo sich alle Entstellungen und Uebertreibungen selbst berichtigen und jeder, der zur Beruhigung und Aufklärung um die Absichten des andern fragt, die Möglichkeit findet, sich zu vergewissern. Darum aber fürchten kriegstolle Regierungen Stockholm so sehr; sie wagen es nicht, zuzugeben, daß ihre Untertanen mit feindlichen Bürgern auch nur sprechen, denn das Kartenhaus turmhoch aufgehäufter Lügen über den Feind kann allzu leicht zusammengeworfen werden, wenn es nur von einem Hauche von Wahrheit angeweht wird.

Woher diese vorauswirkende Macht Stockholms? In ihr wirkt eine lebendige Idee und eine reale Gewalt. Es ist die Idee des Sozialismus, der Gedanke im Schlußanruf des Kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", der Gedanke der Internationale selbst, der wider den Nationalismus und Imperialismus aufsteht und gegen die Rivalität der Kapitalsmächte die tiefe und ewige Solidarität der leidenden Völker selbst stellt. Die nationalen, einzelstaatlichen Kapitalsmächte ringen um die letzte, endgültige Aufteilung der Erde. Neu verteilt sollen die Kolonien, soll auch ganz Vorderasien und Südosteuropa werden und von Verträgen wird berichtet, die diese ungemessenen Ländermassen in Ausbeutungssphären aufteilen! Diese Verträge sind mit Tinte entworfen, aber mit dem Blute von Millionen ahnungsloser Bürger sollen sie ausgefertigt und verwirklicht werden. Der Preis ist für die herrschenden Kapitalsmächte hoch, für die Volksmasse aber ist vergrößerte Kapitalsmacht vermehrte Lohnsklaverei und für die verteilten Länder und Völker politische und wirtschaftliche Hörigkeit! Das ist die Idee des Krieges! Es ist heute, im Hinblick auf den Frieden, weniger wichtig, auf welcher Seite im Sommer 1914 die Kriegsidee stärker war und zum Angriff schritt; gewiß ist, daß heute der Krieg verlängert wird durch die Beuteprojekte der Westmächte. Sie sind so maßlos, daß sie nicht durch einen bloßen Sieg, sondern nur durch einen vernichtenden Waffentriumph verwirklicht werden können, sie verlangen einen Krieg von unabsehbarer Dauer und katastrophaler Wirkung auf alle Völker Europas; ein Sieg, wie ihn die Imperialisten des Westens träumen, würde von Europa beinahe weiter nichts übrig lassen als die Kapitalisten, die mit farbiger Arbeit ihre Kapitalien verwerten müßten. Gegen den bloßen Gedanken an einen solchen Waffentriumph, der zugleich die endgültige Katastrophe der europäischen Kultur bedeutete, ruft der Sozialismus heute wie vor dem Kriege die internationale Solidarität der europäischen Kultur auf und weist über Stockholm den Weg zu ihrer Rettung.

Aber Stockholm ist nicht bloße Idee, sondern auch reale Gewalt: Baut es die Internationale wieder auf und bringt sie zur Einheit der Aktion, so stehen hinter ihm ungezählte Millionen Arbeiter und die gesamten Werkstätten Europas. Das wissen jene gar wohl, die heute den kleinlich verbissenen Kampf gegen Stockholm mit den papiernen Barrieren der Paßverweigerung begonnen haben. Das wissen am Ende alle Regierungen und die bürgerlichen Klassen selbst der kriegstollsten Länder. Darum wollen sie heute vorbauen durch die Verhinderung der Konferenz, und darum werden sie erst recht, sobald die Konferenz tagt, wenn sie nicht ganz gottverlassen sind, sich bemühen, den Konferenzbeschlüssen zuvorzukommen — zuvorkommen können sie ihnen ja doch nicht anders als mit dem Friedensschluß selbst! Es läßt sich mutmaßen, daß Stockholm siegt, indem es dereinst durch die Angst der Herrschenden überholt wird, und es wird so kommen, wenn die Schürer des Krieges nicht völlig verblendet sind. Stockholm ist kein bloßer Gedanke oder Versuch mehr, es ist zur Kampfparole geworden und wenn der Aberwitz einsichtsloser Regierungen es so will, so wird die Probe auch bis zu Ende gemacht werden: Sie wird nicht mit dem Triumph imperialistischer Beutepolitik, sondern mit dem Triumph des Sozialismus enden und der Sozialismus ist der Friede.

Die Zeichen sind deutlich, die Westmächte haben sich dazu verschworen, Stockholm zu vereiteln — die Antwort, die Lloyd George geworden ist, übersteigt an Schlagkraft alle Erwartungen. Die Reutersche Lügenzuchtstation hat gemeldet, daß die Mehrheit für Stockholm nur dreitausend Stimmen betragen habe. Der britische Arbeiterkongreß hat in Wahrheit mit mehr als zwei Millionen gegen einhundertfünfundsiebzigtausend Stimmen die Beschickung von Stockholm beschlossen. Die französischen Sozialisten haben die Herausforderung ihrer Regierung angenommen und machen sich kampfbereit, die Minderheit hat ihren Landeskongreß einberufen. Auch das Proletariat Amerikas, das man eben jetzt mustert, wird seine Antwort nicht schuldig bleiben. Der Kampf um Stockholm beginnt auf der ganzen Linie.

Auch wir Sozialisten in den Staaten der Mittelmächte haben erhöhte Pflichten zu erfüllen. Wohl bereiten unsere Regierungen der Konferenz keine technischen Schwierigkeiten, aber noch ist die Haltung der Staatslenker zu den Friedensfragen nicht so eindeutig klargestellt, daß wir nicht auf der Hut sein müßten. Zugleich fehlt es allenthalben an den Bürgschaften der Demokratie, ohne die für den Friedensschluß und die Friedensdauer keine Gewähr ist. An Verheißungen haben wir einiges, verwirklicht ist davon noch nichts. Auch der Kampf um die Demokratie im Innern ist Kampf um Stockholm, Kampf um den Frieden.

Die proletarische Internationale vollzieht ihren Aufmarsch — Deutschlands Arbeiterklasse wird dabei, wie allezeit in den vordersten Reihen stehen.

Der Hauptausschuß über den Belagerungszustand.

Am Mittwoch wurden Zensur und Versammlungswesen unter dem Belagerungszustand besprochen. Abg. Dove (Vp.) schilderte, wie die Zustände für die Presse unhaltbar geworden seien. Er ging besonders auf den Fall der „Frankfurter Zeitung" ein, über den noch immer keine genügende Antwort von der Reichsleitung vorliege. Die Besserung in einzelnen Fällen genüge nicht, vielmehr sei eine Aenderung des Gesetzes über den Belagerungszustand unabweislich.

Abg. Dittmann (U. S.): Die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts ist das Spiegelbild der tatsächlichen Machtverhältnisse im Reich. Der neue Reichskanzler ist ein Werkzeug der von den Alldeutschen beherrschten Militärdiktatur. Daher ist den Alldeutschen die ausgedehnteste Agitation gestattet sowohl im Lande, als auch an der Front, während die oppositionellen Kreise niedergedrückt werden. Jeder, der auch nur für den Frieden eintritt, wie er im Reichstagsbeschluß vom 19. Juli gefordert wird, wird auf Schritt und Tritt gehemmt. Redner schildert nun in einer langen Reihe von Fragen, daß Angehörige seiner Partei und anderer oppositioneller Kreise in der rücksichtslosesten Weise unterdrückt werden. Er führt u. a. einen Geheimerlaß des stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps in Breslau an. Darin wird gegen die Unabhängigen der Vorwurf erhoben:

„Sie agitieren sowohl gegen die Fortsetzung des Kriegs als auch gegen die bestehenden Staatseinrichtungen in einer Weise, die auf den Willen des Volkes, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen, zersetzend wirkt. Diesem gefährlichen Treiben der Unabhängigen Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden und ihr muß die Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke unterbunden werden. Schlechthin alle Versammlungen zu verbieten, erscheint freilich schon mit Rücksicht auf das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr!" nicht angängig. Ich bestimme aber:

1. Treten Mitglieder dieser Partei in Versammlungen als Redner auf, ohne angemeldet zu sein, oder führen angemeldete Redner hetzerische Reden, so sind die Versammlungen sofort aufzulösen. Dies trifft auch dann zu, wenn Reichs- und Landtagsabgeordnete in Frage kommen.

2. Angriffe gehässiger Art auf die rechtsstehenden Teile der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie sind, da sie den Burgfrieden stören, gleichfalls ein Auflösungsgrund für Versammlungen.

3. Erörterungen über das Hilfsdienstgesetz in den Versammlungen in dem Sinne, daß es als arbeiterfeindlich hingestellt oder sonst herabgewürdigt wird, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden."

In einer ganzen Reihe von Orten seien dann auch Versammlungen verboten worden, in welchen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als Redner auftreten wollten. Neben dem einen Fall in Danzig, in dem einem Vertrauensmann der Unabhängigen jede politische Betätigung verboten worden ist, kommen jetzt auch noch andere derartige Fälle vor, was Redner an der Hand von Beispielen belegt. Selbst die Teilnahme an Vorstandssitzungen werde den Vertretern der Unabhängigen in einigen Fällen verboten. So sei eine Vorstandssitzung des Bezirks Nordwest in Kiel, an der Abg. Henke teilgenommen hat, von der Polizei aufgelöst worden. Die Teilnehmer wurden auf die Polizei gebracht und der Abg. Henke eine Nacht in Haft behalten, obgleich er auf seine Eigenschaft als Abgeordneter hingewiesen und die Zulässigkeit der Haft entschieden bestritten hatte. Beschwerden in derartigen Fällen werden vom Kriegsministerium verschleppt, und schließlich bekommt der Beschwerdeführer eine Antwort, die nur das wiedergibt, was der Kommandierende General verfügt hat. Ebenso werden die Zeitungen und Zeitschriften, welche von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herausgegeben werden, mit Verfolgungen aller Art bedacht. Gegen die Redakteure sogar gehen die Behörden soweit, daß sie sie in Schutzhaft nehmen. So sei der Schriftleiter Schotte vom Generalkommando in Münster in Schutzhaft genommen worden, weil er der heimlichen Verbreitung von Druckschriften mit landesverräterischem Inhalt hilfreiche Hand geleistet habe. Alle Versuche, die Sache vor die Gerichte zu bringen, seien gescheitert, und als endlich eine gerichtliche Verhandlung unvermeidlich erschien, sei Schotte zum Militär eingezogen worden. Es heißt in der Begründung für die Aufhebung der Schutzhaft wie folgt:

„Nunmehr steht die militärische Einziehung des Schotte bevor. Nach seiner Einziehung wird Schotte unter den gegebenen Verhältnissen voraussichtlich keine Gelegenheit haben, sich in landesgefährlicher Weise durch Verteilung von Druckschriften usw. zu betätigen, sodaß die Sicherheitshaft zur weiteren Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches nicht mehr erforderlich erscheint."

Unter dem Belagerungszustand besteht geradezu eine Schreckensherrschaft. Das einzige Mittel hiergegen sei die Beseitigung des Belagerungszustandes.

Vertreter des Reichskanzler, Dr. Helfferich: Nach dem Kanzlerwechsel hätten die feindlichen Zeitungen die Behauptung verbreitet, der neue Reichskanzler sei lediglich ein Werkzeug der angeblichen Militärdiktatur. Der gegen unser Land gerichtete Zweck solcher Ausstreuungen sei für jedermann klar. Er (Helfferich) stelle fest, daß der Abg. Dittmann es für richtig gehalten habe, dieselbe Behauptung hier aufzustellen, offenbar zu dem Zweck, sie draußen im Lande zu verbreiten, womit er wieder einmal die Arbeit unserer Feinde besorge. Die Persönlichkeit des

Reichskanzlers stehe zu hoch über solchen Angriffen, als daß er als Stellvertreter des Reichskanzlers sie gegenüber dem Abg. Dittmann zu verteidigen brauchte.

Abg. Heine (Soz.): Ueber die Zensurverhältnisse zu sprechen, sei wahrlich kein Vergnügen. Immer wieder und wieder seien während des Krieges die vorhandenen Mißstände besprochen worden. **Die Reichsleitung habe die schönsten Versprechungen gemacht, aber gehalten habe sie nichts.** Die Verhältnisse seien nicht besser geworden, sondern im Gegenteil seien die Uebergriffe immer gewissenloser, immer dreister erfolgt und hätten einen immer größeren Schaden unserm Volke zugefügt, sowohl im eigenen Lande, als auch im Auslande. Hier müsse tatkräftig durchgegriffen und der **Belagerungszustand aufgehoben werden.** Das bezwecke der Antrag seiner Partei. So, wie es jetzt zugeht, könne es nicht bleiben; Wandel müsse geschaffen werden; es müsse endlich ein Ende gemacht werden mit der Unterdrückung einzelner politischer Richtungen und der Gewerkschaften. Redner geht auf die Maßnahmen der Militärverwaltung im einzelnen ein und beleuchtet ganz besonders die Vergewaltigung der Gewerkschaften. Er weist darauf hin, daß Werkstattbesprechungen als politische Versammlungen hingestellt, zeitige Anmeldung verlangt und von der Genehmigung abhängig gemacht werden. Dieses Vorgehen ist unvereinbar mit § 14 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, nach dem den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden darf. Der Polizeipräsident in Breslau begnügt sich nicht nur mit Maßnahmen der Zensur, sondern greift noch durch persönliche Anzeigen gegen die Presse ein. Weiter besprach Redner das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Unter durchaus nichtigen Vorwänden ist die Militärverwaltung diesem Bund entgegengetreten. In Wahrheit will sie den Bund unterdrücken, um nicht eine Konkurrenz gegen die Kriegervereine aufkommen zu lassen. Das Generalkommando in Karlsruhe habe sich gegen den Bund gewendet mit der Begründung, er sei eine recht unerfreuliche Erscheinung vom Standpunkt des Volksganzen aus. Dann ging Redner auf die hierzu von den Mehrheitsparteien gestellten Anträge ein. In dem ersten dieser Anträge wird der Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß die politische Zensur alsbald beseitigt werde. Das allein aber genüge nicht, denn die Militärbehörden begründen auch ihre politische Zensur damit, daß die politischen Ausführungen geeignet seien, den militärischen Geist zu schwächen, und daraus schließe sie, daß ihre Zensur, obgleich sie sich auf politische Fragen beziehe, doch nur eine militärische Zensur sei. Daher werde in einem zweiten Antrag der Mehrheitsparteien der Reichskanzler ersucht, die Innehaltung der folgenden Grundsätze über die Handhabung der Zensur während des Krieges schleunigst herbeizuführen:

1. Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden können.

2. Die Erörterungen der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

3. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.

Redner wies die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an der Hand einer Reihe von Fragen nach, insbesondere gegenüber den Kaiserreden und dem Verbot des Buches von Prof. Friedrich Wilh. Förster über die deutsche Jugend und den Krieg, sowie des Verbots der Hardenschen „Zukunft". **Die Zustände sind derart, daß wir sie uns nicht mehr gefallen lassen können.** In vier Wochen werde das Plenum des Reichstags zusammentreten. Bis dahin habe die Reichsleitung Zeit, zu zeigen, daß sie den Wünschen der Reichstagsmehrheit in bezug auf die Handhabung des Belagerungszustandes entgegenkomme. Wenn bis dahin nicht Wandel geschaffen ist, müßten sich die Mehrheitsparteien überlegen, was zu tun sei, um zu erreichen, daß im Innern derartige Zustände nicht länger bestehen. Das sei unbedingt notwendig, wenn wir dem Vaterlande dienen wollen.

Unterstaatssekretär Wallraf vom Reichsamt des Innern weist darauf hin, daß die angeschnittenen Fragen zu den schwierigsten Angelegenheiten des Reichsamtes des Innern zählten. Zudem spielten Rücksichten auf die Heeresleitung und deren Rechte hinein. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie die Kriegsgesetze auferlegen, lasse sich nur aus der Not der Zeit rechtfertigen. In wie weit eine Milderung oder Abschwächung der Zensur möglich sei, entscheide sich mit Rücksicht auf die gesamte Lage des Reiches. Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes sei schon im Mai im Reichstag gestellt und abgelehnt worden. Inzwischen habe sich die Lage des Reiches nicht geändert. Keine der kriegführenden Mächte verzichte auf diese Maßnahme, die in der Kriegszeit unentbehrlich sei. Er bitte daher, um Ablehnung dieses Antrages. Bei den anderen Anträgen, die auf die Aufhebung der politischen Zensur hinzielten, müsse man wohl erwägen, ob auch die äußere Politik im vollen Umfange freigegeben werden sollte. Dies verbiete sich wohl. Was die Befreiung der inneren Politik von der Zensur betreffe, so seien auf diesem Gebiete bereits Kriegsziele und kriegswirtschaftliche Angelegenheiten freigegeben worden. Unter Abwägung der Vor- und Nachteile wolle er prüfen, inwieweit man auch für die innere Politik die Zügel der Zensur lockern könne. Man dürfe nie vergessen, daß das Amt des Zensors schwierig sei und hohe Anforderungen stelle, und daß sich auch die Presse nach drei Kriegsjahren manchmal naturgemäß erregter zeige, als in Friedenszeiten.

Abg. Erzberger: Nachdem der zukünftige Staatssekretär des Reichsamts des Innern die Prüfung zugesagt habe, können wir wohl damit rechnen, daß die von uns geforderten Einschränkungen der Zensur auch durchgeführt werden. Die vorgebrachten Gründe sprachen ebenso für die Vorzensur, über deren Undurchführbarkeit ja kein Zweifel bestehen könne. Hierauf begründete Abg. Erzberger einen gemeinsamen Antrag der Mehrheitsparteien, daß die Bundesratsverordnung über die Konzessionspflicht der Lichtspiele aufgehoben werde. Diese Verordnung gehe weit über das hinaus, was nach dem Ermächtigungsgesetz zulässig sei. Der Reichstag habe den Wunsch ausgesprochen, daß diese Angelegenheit durch die Gesetzgebung erledigt werde, und deshalb sei es durchaus ungehörig, daß die Reichsleitung hier durch eine Bundesratsverordnung eingegriffen habe.

Direktor Caspar und Dr. Helfferich versichern, daß es ihnen durchaus ferngelegen habe, den Reichstag hier zu umgehen. Für die Maßnahmen sprächen auch wichtige wirtschaftliche Gründe.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. v. Kühlmann: Das Auswärtige Amt habe jederzeit einen Vertreter im Hauptquartier und nehme Kenntnis von den zu veröffentlichenden Reden des Kaisers. Der Reichskanzler trage daher die Verantwortung auch für diese Veröffentlichungen.

Abg. Dr. Stresemann stellt fest, daß diese Antwort nicht den Kern der Sache trifft. Die Reichsleitung habe auf Grund des Ermächtigungsgesetzes derartig in das Wirtschaftsleben eingegriffen, daß es durchaus nicht mehr den Absichten des Reichstags bei der Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz entspricht.

Abg. Hoch (Soz.): Auch die Ausführungen des zukünftigen Staatssekretärs des Innern über die Zensur seien nicht geeignet, seine Partei von dem Verlangen abzubringen, endlich bessere Zustände zu erzwingen. — Redner geht näher darauf ein, daß dem Abg. Quarck vom Generalkommando in Magdeburg erklärt worden sei, er dürfe nur noch dann sprechen, wenn er den Wortlaut seiner Rede einreiche.

Oberst v. Wriesberg erklärte: In verschiedenen Teilen des Reiches hätten Streiks stattgefunden. Die Arbeiterbevölkerung sei zu solchen Schritten aufgehetzt worden. Daher seien starke Maßnahmen gegen derartige Bestrebungen nötig gewesen. Die Militärverwaltung aber überlege, ob sie diese Maßnahmen nicht örtlich und zeitlich beschränken könne.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums ging des näheren auf den Fall der „Frankfurter Zeitung" ein und erklärte, daß der „Frankfurter Zeitung" recht gegeben sei. Der Vorwurf, daß die „Leipziger Volkszeitung" zu scharf behandelt werde, sei durchaus unberechtigt, da andere Blätter, die der „Leipziger Volkszeitung" nahe stehen, sich oft ausdrücklich darauf berufen, daß ihnen verboten worden sei, was der „Leipziger Volkszeitung" gestattet würde. Die „Zukunft" von Harden mußte verboten werden; da alle Ermahnungen an den Herausgeber nichts geholfen haben und er immer wieder so geschrieben habe, daß diese Darlegungen im Auslande ausgenutzt werden könnten. Die Scheidemannsche Rede habe auf Grund der früheren Vorschriften verboten werden müssen; da ja neue Vorschriften erwogen werden, sei es möglich, daß später die Rede wieder freigegeben werden könne. Gegen den Bund der Kriegsbeschädigten habe die Heeresleitung einschreiten müssen, weil er politische Bestrebungen unter das Militär zu bringen suchte. Nicht richtig sei es, daß in Nordhausen den vier Zeitungen vorgeschrieben worden sei, sich zu einer Zeitung zusammen zu tun; vielmehr hätten zwei Zeitungen **von sich aus beim Generalkommando angeregt, ihre Zeitungen zusammenzulegen.** Auf die andern beiden Zeitungen sei zu einer derartigen Maßnahme kein Zwang ausgeübt worden. Es sei unvermeidlich, daß bei der Zensur manche Mißgriffe vorkommen. Die Reichsleitung sei bestrebt, dem entgegen zu arbeiten.

Ein Vertreter des sächsischen Kriegsministeriums versicherte, daß das dortige Generalkommando die „Leipziger Volkszeitung" mit möglichster Unparteilichkeit und Wohlwollen behandele.

Abg. Graf Westarp: Auch die Alldeutschen und seine Freunde hätten Grund, sich über die Zensur zu beschweren. Trotzdem sei er der Meinung, daß es nicht möglich sei, die Zensur aufzuheben. Er erinnere nur an die Tätigkeit der Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die für Streiks und für die Republik agitierten.

Abg. Bruhns wendet sich gegen den Antrag, der die Konzessionspflicht der Lichtspiele aufheben will.

Abg. Dittmann (U. S.) stellt fest, daß doch die Angaben über die Presse in Nordhausen richtig seien. Den beiden andern Zeitungen sei ausdrücklich anheimgegeben worden, sich bis zum 15. September darüber zu verständigen, daß in Nordhausen nur eine Zeitung erscheint. Dem Vertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich, erwidert Redner, für ihn sei es kein Grund, eine Wahrheit auszusprechen, wenn diese Wahrheit auch von den Feinden behauptet werde. Im übrigen aber bestehe keine Beziehung zwischen ihm und dem feindlichen Auslande. Jede Verdächtigung nach dieser Seite hin sei in den Augen aller anständigen Politiker gerichtet. — Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck. — Abg. Dittmann: Dann darf es auch nicht zulässig sein, daß der Vertreter der Reichsleitung eine derartige Bemerkung gegen ihn macht. — Der Vorsitzende verbat sich die Kritik seiner Geschäftsführung.

Abg. Heine (Soz.) legt dar, daß die Einwendungen der Herren von der Militärverwaltung gegen die von ihm vorgebrachten Tatsachen nicht richtig seien. Aber das sei jetzt nicht das Entscheidende; vielmehr komme es darauf an, was in den vier Wochen bis zum Zusammentritt des Reichstages geschehen werde. Das allein müsse für die Mehrheitsparteien maßgebend sein.

In der Abstimmung werden die **Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, abgelehnt.** Dagegen wurden **angenommen** die beiden anderen **Anträge,** die die **politische Zensur aufheben** und hierfür gewisse Richtlinien festlegen, sowie der Antrag, durch den die Bundesratsverordnung über die Konzessionspflicht der Lichtspiele aufgehoben werden soll.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 27. September statt. Sollte ein nicht vorauszusehender Umstand eine frühere Sitzung nötig machen so soll der Vorsitzende das Nähere veranlassen.

Zur Vorgeschichte des Krieges

In Petersburg wird gegenwärtig der Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow wegen Hochverrats verhandelt. Im Verlaufe der Verhandlungen kam eine Frage zur Sprache, die mit der Vorgeschichte des Krieges in engstem Zusammenhang steht. „Novoje Wremja" schreibt hierüber:

Im Suchomlinow-Prozeß begann das Zeugenverhör. Als erster Zeuge sagte der frühere Stabschef, Höchstkommandierender General Januschkowitsch aus: Der Verteidiger Socharin fragte den Zeugen, ob ihm am Tage der Mobilmachung nicht der **Czar telegraphierte, die Mobilmachung sei aufzuschieben oder einzustellen.** Der Zeuge antwortete, ein solches Telephongespräch fand tatsächlich statt, es habe sich aber nur um eine Abänderung der allgemeinen Mobilmachung in eine Teilmobilmachung der vier Südwestbezirke gehandelt. Auf Antrag der Verteidigung, sein Telephongespräch mit dem Czaren detaillierter wiederzugeben, erzählt der Zeuge, die Umstände, welche der Kriegserklärung vorausgingen. Zu Anfang war nur die Teilmobilmachung der vier Bezirke zu erklären, um Oesterreich-Ungarn zu schrecken. Dann aber wurde die Frage anderweitig entschieden. Am 30. wurde nach meinem Vortrage beim Czaren die Gesamtmobilmachung unterzeichnet. Auf der Gesamtmobilmachung bestehend, sagte ich damals, es sei unbedingt erforderlich, unsere Haltung nicht nur Oesterreich, sondern auch dem hinter seinem Rücken stehenden Deutschland bestimmt zu zeigen. (Hier eine kurze Telegrammzusammenfassung.) Wir waren uns bewußt, daß der Zar sich nicht ohne weiteres dazu ablehnend verhalten konnte, denn er wußte, daß unser Rüstungsprogramm bis 1918 fertig sein werde und es deshalb nötig sei, die Zeit bis zur Durchführung dieses Programms auszunützen. Aus Peterhof erschien ich in der Ministerialsitzung und überbrachte den vom Czaren unterzeichneten Mobilmachungsukas; aber noch am selben Tage, etwa gegen 11 Uhr abends, wurde ich vom Zaren ans Telephon gerufen. Mir wurde die Frage gestellt, wie weit die Mobilmachung gediehen sei und ob man nicht um die allgemeine Mobilmachung herum könne, ob man sie nicht durch eine Teilmobilmachung, lediglich gegen Oesterreich, ersetzen könne. Ich antwortete, daß sie außerordentlich schwierig sei. Es drohe mit katastrophalen Folgen, für die Mobilmachung bereits 400 000 Reservisten einzuberufen. **Da erklärte mir der Czar bestimmt, er habe vom Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten, in dem sich jener mit seinem Ehrenwort dafür verbürge, daß, falls die allgemeine Mobilmachung nicht erklärt werde, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wie bisher freundschaftlich bleiben.** Nach dieser Unterredung mit dem Czaren fuhr ich zu Sasonow und überzeugte ihn, daß man jetzt die Aufhebung der allgemeinen Mobilmachung nicht bewerkstelligen könne. Es wurde beschlossen, daß er am Morgen dem Kaiser einen neuen Vortrag hatte. Tatsächlich hielt er diesen Vortrag und am folgenden Tage um 4½ Uhr fand eine Beratung im Schlosse statt, an der Sasonow, Suchomlinow und ich teilnahmen. In etwa zehn Minuten hatten wir beschlossen, daß keine Möglichkeit vorhanden sei, die allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen, da die Aufhebung der Mobilisation für Rußland verderbenbringend sei.

Nach dem Zeugen bittet Suchomlinow, Ergänzungen zu der Ausführung machen zu dürfen. Er spricht sehr einfach, macht weitausholende Gesten mit den Händen und schlägt sich an die Brust. In der Nacht zum 30. Juli, erklärte er, **lockte mich der Czar an und befahl mir, die Mobilmachung aufzuheben.** Ich erhielt den direkten und **bestimmten Befehl,** der keinerlei Erwiderungen zuließ. Ich war ganz benommen, die Mobilmachung war bereits erklärt und bei Rückgängigmachung drohte eine Katastrophe. Was sollte ich tun? Ich wußte, daß es unmöglich sei, die Mobilmachung rückgängig zu machen und daß es [illegible] unerträglich sei. Was würde da in Rußland vorgehen; **weiß Gott, was da für ein Brei** herausgekommen wäre. Ich fühlte, daß ich zu Grunde gehe. Eine halbe Stunde nach dem Gespräch mit dem Czaren läutet mich Januschkowitsch an. Er sagte mir, der Zar habe erklärt, die Mobilmachung einzustellen. Was haben Sie ihm geantwortet, fragte ich ihn. Ich antwortete, daß es technisch unmöglich sei. Aber der Zar befahl trotzdem, die Mobilmachung einzustellen. Januschkewitsch fragte mich nun, was jetzt geschehen solle. Ich antwortete ihm: **Tun Sie nichts.** Ich fühlte, wie ein Seufzer der Erleichterung von seinen Lippen kam. **Den nächsten Morgen log ich dem Zaren vor und erklärte ihm, die Mobilmachung finde nur in den Bezirken der Südwestgebiete statt.** An diesem Tage kam ich um meinen Verstand. Ich wußte, daß die Mobilmachung in vollem Gange war und daß es unmöglich war, sie anzuhalten. Zum Glück brachte man dem Zaren am selben Tage eine andere Ueberzeugung bei. Ich bekam meinen Dank für die gute Durchführung der Mobilmachung. Anderenfalls säße ich längst im Kerker. — Januschkewitsch wird nochmals vorgerufen und läßt sich über die **Unterredung mit dem deutschen Militärattachee** aus. Ich gab ihm **das Ehrenwort des Generalstabschefs,** daß in jenem Moment, genau um 3 Uhr am 29. Juli, die Mobilmachung noch nicht erklärt worden war. Ich erinnere mich dieses wichtigen Moments in allen seinen Details genau. Der Major glaubte mir nicht. Ich bot ihm an, es schriftlich zu geben, was er höflich ablehnte. Ich hielt mich für berechtigt, eine solche Erklärung schriftlich zu geben, weil die Mobilmachung in diesem Moment tatsächlich noch nicht erfolgt war. Einen Ukas darüber hatte ich bei mir in der Tasche.

Anmerkung des Wolffbureaus: Aus dieser Darstellung geht hervor: 1. daß der russische Generalstabschef den deutschen Militärattachee in der bekannten ehrenamtlichen Erklärung bewußt täuschte. Er hatte den Gesamtmobilmachungsbefehl des Zaren am 29. schon in der Tasche. Er erwähnte kein Wort davon und betonte das Gegenteil emphatisch. 2. Januschkewitsch bestätigt, daß die russische Mobilmachung, nicht nur diejenige gegen Oesterreich-Ungarn, schon am 29. Juli angeordnet war und durchgeführt wurde. 3. Januschkewitsch zusammen mit Sasonow und Suchomlinow entfesselten gegen den Willen des Zaren den Weltkrieg dadurch, daß sie seinem Befehl auf Einstellung der Mobilmachung nicht Folge geleistet haben und den Zaren belogen.

Die Nationalversammlung in Moskau.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet über den Kongreß in Moskau am 27. August: Tscheidse, der Vorsitzende der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, bestieg die Rednertribüne unter dem begeisterten Beifall der Linken und unter dem Zuruf: Es lebe der Führer der russischen Revolution! Namens der Vertreter einer Reihe von demokratischen Vereinigungen verlas Tscheidse eine Erklärung, die hervorhebt, daß nur die tätige Mithilfe der revolutionären Demokratie die Wiedergeburt der Armee und des Landes und die Rettung Rußlands und die Revolution es ermöglichen werde, daß die **Demokratie nicht von dem revolutionären Lande getrennt werden** könne und daß nur eine Macht, die sich auf die ungeheuren Volksmassen stütze, das Land aus seiner kritischen Lage retten und die äußeren und inneren Feinde besiegen könne. Tscheidse erkenne, daß die Lebensinteressen des Landes und der Revolution die unmittelbare Anwendung folgender Maßnahmen verlange: 1. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung muß die Regierung in Befolgung einer festen Politik das Monopol für Körnerfrüchte und feste Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufrecht erhalten. 2. Auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und Landesverteidigung verlangt die Erzeugung und Lieferung von Munition durchgreifendere Maßnahmen zur Regelung des Transportes und zur Erhöhung der Ergiebigkeit der Industrie. 3. Die Finanzen verlangen die rücksichtslose Anwendung der Gesetze bezüglich der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer, ebenso eine Reform der Erbschaftssteuer sowie Einführung von Steuern hinsichtlich des Wertzuwachses der Luxusartikel und anderer Steuermaßnahmen. — Bezüglich der Anleihen muß die Regierung kräftige Maßnahmen hinsichtlich ihrer Verteilung treffen. 4. Die Agrarreform muß jede Aneignung von Land, sowohl durch einzelne als auch durch Personengruppen oder durch Gesellschaften verhindern. 5. Hinsichtlich der Organisation der Armee verlangt die Erklärung die Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Führer und Armeekommissare. Hinsichtlich der Nationalitätenfrage besteht die Erklärung darauf, daß die vorläufige Regierung jeder Nationalität die Bestimmung über ihr Schicksal überläßt, vorausgesetzt, daß die Konstituierende Versammlung ihre Einwilligung erteilt. Redner beendet seine Erklärung mit einem Appell an die vorläufige Regierung, die mit voller Machtvollkommenheit ausgestattet werden müsse.

In der Abendsitzung wies der frühere Kriegsminister Gutschkow auf die drohende Gefahr einer Niederlage des russischen Heeres und auf die Krise im nationalen Wirtschaftsleben hin, die die Versorgung des Heeres mit Munition und Verpflegungsmitteln täglich schwieriger mache. Unzufriedenheit und Mißstimmung seien allgemein im Volke verbreitet. Eine Hauptfrage sei gegenwärtig die Wiedererstarkung der ohnmächtig gewordenen Zentralgewalt. Gutschkow, der bei seinen Darlegungen die für jeden Redner festgesetzte Zeit überschritt, mußte schließlich die Rednertribüne verlassen, wogegen der Rechten angehörende Teilnehmer der Konferenz protestierten. Nach Gutschkow sprach Schulgin, der sich gegen die Loslösungsbestrebungen gewisser Teile der ukrainischen Bevölkerung wandte. Sodann verlas Kerenski ein Begrüßungstelegramm Wilsons, das der amerikanische Botschafter übermittelt hatte. Er beauftragte unter Beifall der Versammlung den Minister des Aeußeren, Terestschenko, dem Botschafter den Dank der Konferenzteilnehmer auszusprechen. Der Abgeordnete der vierten Duma, Maklakow, drückte seinen Beifall darüber aus, daß es der Regierung gelingen werde, ihr Programm durchzuführen. Im Namen der Arbeiter- und Soldatenräte sprach Tserestelli über die während der Revolution hervorgetretene Bedeutung der demokratischen Organisation.

Der Dumapräsident, Rodzianko, erklärte es für ein Unglück Rußlands, daß die revolutionäre Macht, geschaffen durch die Duma mit Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, welcher sich damals gerade gebildet hatte, nicht Seite an Seite mit der nationalen Vertretung ging, sondern sie beiseite schob und ihre Mitarbeit ablehnte. Daher sei diese Macht sogleich unter den Einfluß der sozialistischen Körperschaften geraten, welche nach Angabe der Ministerien wiederholt die vollständige Unterwerfung der nationalen Interessen unter die Klasseninteressen gefordert haben. Der Kadettenführer Miljukow stellte fest, daß unglücklicherweise selbst zwei Monate Koalitionsregierung lediglich durch zwei starke Kapitulationen vor den utopischen Forderungen der Arbeiterklasse und den übertriebenen nationalistischen Ansprüchen der Völker Rußlands gekennzeichnet werden.

Die Dienstagssitzung der Staatskonferenz begann mit einer Rede des Vertreters der Semstwos, Gruzinow, des ehemaligen Militärgouverneurs von Moskau, welcher erklärte, daß seine Gruppe sich der Erklärung der vierten Duma anschlösse, welche Rodzianko nicht Zeit gehabt hätte, zu verlesen. Die Erklärung besage, die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Augenblicks sei, Rußland vor dem feindlichen Ueberfall zu retten, und zu diesem Zwecke die Manneszucht in der Armee durch Beseitigung jeglicher Politik wieder herzustellen, das Ansehen der Führer zu verstärken, die Machtbefugnisse der militärischen Ausschüsse auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu beschränken und dem Oberbefehlshaber die Möglichkeit zu geben, seine Macht ohne Einschränkung auszuüben.

Darauf ergriffen die Vertreter der Eisenbahner das Wort, unter denen Frolow, der Abgeordnete des Bundes der Ingenieure, auf die vollständige Zerrüttung des Verkehrs hinwies, welche, wenn der gegenwärtige Zustand der Dinge anhielte, zu einem vollständigen Stillstand im November führen würde. Die Folgen dieses Umstandes, sagte der Redner, werden furchtbar sein, ebenso im Innern des Landes als an der Front, von wo die Armeen nach Rußland hineinstürzen und dort vielleicht beispiellose Ausschreitungen begehen könnten. Frolow hob hervor, daß die unangemessenen Ansprüche der Arbeiter bei der Desorganisation eine große Rolle spielten, und richtete einen warmen Appell an diejenigen, welche mit dem Transport beschäftigt sind, nämlich ihre persönlichen Interessen dem Wohlergehen des Landes zu opfern.

Der Vertreter der Israeliten, Grusenberg, hielt eine lange Rede, in der er sagte, das jüdische Volk liebe trotz der unerhörten Verfolgungen, denen es von der alten Regierung ausgesetzt war, gleichwohl sein großes Vaterland und trug mächtig zu seiner Befreiung und der Verteidigung gegen den Feind bei.

Die Vertreter der Ukraine und des östlichen Rußlands, des sogenannten Weißrußlands, erklärten, ihre Völker seien bereit, dem Wohle des Vaterlandes alles zu opfern.

Der Vertreter der Letten sagte, Kurland werde niemals mit Deutschland sein.

Der Vertreter des Allgemeinen Bundes der russischen Mohammedaner sagte, alle mohammedanischen Bürger Rußlands unterstützen voll die vorläufige Regierung.

Der ehemalige Oberbefehlshaber General Alexejew gab auf der Staatskonferenz in einer langen Rede einen Ueberblick über die kriegerischen Mißerfolge Rußlands und ihre Ursachen und verglich die Armee, die sich von technischen Hilfsmitteln entblößte, aber durch den kriegerischen Geist starke Armee unter der alten Regierung mit der jetzigen, gut ausgerüsteten und verpflegten, aber durch falsch ausgelegte unzweckmäßige und ungeschickt angewandte Lehren vollständig vergifteten, verweichlichten Armee und wies besonders auf den bekannten Tagesbefehl Nummer ein hin, der das Heer in zwei feindliche, bisher unversöhnliche Lager, das der Offiziere und Soldaten, spaltete. Er klagte über die Soldatenausschüsse, welche dem Heere wohl wirtschaftliche Dienste leisteten, aber die Manneszucht sehr schädigten, ja töteten, und über den die Armee untergrabenden Einfluß der Regierungskommissare. Nach der Erklärung der Rechte der Soldaten durch die Regierung verschwanden die Achtung und alle Rücksichten auf die Truppenführer vollständig. Die Offiziere wurden wahrhafte Märtyrer und bezahlten die Offensive vom 1. Juli und den letzten Rückzug teuer. Alexejew führte unerhörte Tatsachen an, zum Beispiel: daß eine Truppe, die aus achtundzwanzig Offizieren, zwanzig Unteroffizieren und zwei Mann bestand, zum Angriff vorging, während die anderen dem Untergang dieser Helden kaltblütig zusahen. Diese Zustände, schloß Alexejew, sind keine Mittel, den Krieg fortzusetzen, oder gar von Siege zu träumen. Vielmehr müßte das Heer selbst und die einstweilige Regierung sofort das Aeußerste tun, um das Heer aufzufrischen und mit neuem Geiste zu erfüllen.

Frau Breschke Breschkowska, genannt die Großmutter der russischen Revolution, wohnte der Konferenz bei und sprach einige Minuten unter lebhaftem Beifall der ganzen Versammlung. Breschkowska sagte: Die Konferenz ist eine großartige politische Untersuchung, um die Wünsche der Nation kennen zu lernen. Es ist auch eine Prüfung, die das russische Volk hoffentlich mit Erfolg bestehen wird. Die Breschkowska schloß mit dem Appell, endlich von Worten zu Taten überzugehen, der Armee zu helfen und des Feindes Herr zu werden. Einige auf der Konferenz anwesende politische Gruppen richteten an Kerenski einen Brief, worin sie den Wunsch ausdrückten, daß Plechanow und Krapotkin, die auf der Rednerliste nicht aufgeführt waren, zu der Versammlung sprechen möchten. Kerenski erteilte seine Zustimmung. Krapotkin hielt eine längere politische Rede, in der er die schwerwiegenden Folgen aufzählte, die der deutsche Sieg haben würde. Er forderte daher alle Bürger, insbesondere die Armee auf, keine Anstrengungen zu unterlassen, diese schlimme Möglichkeit zu beschwören. Krapotkin schloß mit dem Wunsche, daß Rußland endlich zur föderativen Republik ausgerufen werden möge. Dieser Wunsch wurde zum ersten Male auf der Konferenz ausgesprochen und entfesselte eine langanhaltende Kundgebung zu Ehren eines großen, revolutionären Rußlands. Plechanow entwarf ein Bild von der Rolle der Duma bei der Selbstbefreiung des Landes und derjenigen gegen die Behauptung gewisser Narren, daß die revolutionäre russische Demokratie bereit sei, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen. Ich verspreche im Namen dieser Demokratie, rief Plechanow, daß sie niemals die Hand zu solcher Schandtat bieten wird. Das wäre ein Verrat an den großen Demokratien Frankreichs und Englands. (Langanhaltender Beifall.)

*

In den Reden der Sozialisten, insbesondere Tscheidses, vermißt man, daß sie auch nur ein einziges Wort vom Frieden gesprochen haben. Wir können nicht glauben, daß auch die russischen Sozialisten schon vollständig im Fahrwasser der kriegstreiberischen französischen und englischen Sozialisten schwimmen. Vielmehr nehmen wir an, daß hier die P. T. A. zum Zwecke der Stimmungsmache die auf den Frieden gerichteten Ausführungen unterschlagen hat.

Die Kriegslage.

Geschwächt durch die schweren Verluste der vergeblichen Angriffe der letzten Tage war die Kampftätigkeit der Alliierten am 28. August an der gesamten Westfront gering. In Flandern wurde den Engländern auch der geringe Gewinn ihres letzten großen Angriffs vom 27. und 28. August wieder entrissen. In erfolgreichem Vorstoß wurden die von den Engländern bei Frezenberg noch besetzten Gräben wieder genommen. Die Artillerietätigkeit hielt sich an der ganzen flandrischen Front infolge des stürmischen Regenwetters in mäßigen Grenzen. Nur von Draaibank bis Hooge lebte sie mitternachts auf. An der von Langemarck nach Norden führenden Straße kam es im Vorfeld zu Patrouillen-Zusammenstößen, die für die Deutschen günstig verliefen.

Auch im Artois lebte das Artilleriefeuer nur zeitweise auf. Englische Patrouillen wurden am 28. August abends und 29. August früh südlich Hulluch abgewiesen. In der Gegend von St. Quentin brachen englische Teilvorstöße gegen die deutschen Gräben östlich der Malakoff-Ferme und südöstlich der Cologne-Ferme im Abwehrfeuer zusammen.

An der Aisne-Front kam es lediglich zu Patrouillengefechten. Deutsche Stoßtrupps holten südlich Cerny am 28. August 9 Uhr vormittags Gefangene aus den französischen Gräben.

Vor Verdun vermochten die Franzosen sich seit ihrer Niederlage bei Beaumont zu neuen Angriffen nicht mehr aufzuraffen. Auch ihre Artillerie beschränkte sich, durch die deutsche Gegenwirkung niedergehalten, auf mäßiges Störungsfeuer.

Im Osten kam es lediglich in der südwestlichen Moldau zu größeren Kampfhandlungen. Die im Gebirgswinkel zwischen Oituz und Susita stehenden Rumänen erlitten neue, schwere Einbußen. Auf dem rechten Flügel verloren sie die Höhen nördlich Grovesa. Wütende Gegenstöße vermochten sie ihnen nicht wiederzubringen. Auf dem linken Flügel drang der Angriff der Verbündeten nach Erstürmung des Dorfes Manceiu beiderseits der Susita nach Nordwesten vor. Mehrere starke rumänische Stellungen wurden hintereinander in siegreichem Sturmlauf überrannt. Die eigenen Verluste waren hier wie bei Grovesa gering, die feindlichen schwer. Die Rumänen versuchten ihre bedrängten Flügelgruppen vergeblich durch starke Angriffe im Zentrum zu entlasten, die tiefgegliederte Massen beiderseits des Monte Renvout, im Susita-Tal und nördlich von Soveja, sowie zwischen Putna und Susita bei Gavrile und Racoasa vortrugen. Sie scheiterten sämtlich im Abwehrfeuer der Verbündeten. Starke Truppenansammlungen in der Gegend von Marateşti wurden unter wirksames Feuer genommen.

*

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 29. August, abends. (Amtlich.)

Keine größeren Kampfhandlungen.

*

Wien, 29. August. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Unsere bei Focsani kämpfenden Verbündeten erstürmten gestern das Dorf Muncelu und warfen den Feind über die Höhen nördlich dieses Dorfes zurück. Die Beute beträgt über 1000 Gefangene, 5 Geschütze und 50 Maschinengewehre.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Tälern der Putna und Susita fühlten rumänische Abteilungen ergebnislos vor. Südlich von Ocena entrissen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen dem Feind eine Höhe. 600 Gefangene sind eingebracht. Gegenangriffe wurden abgewiesen.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Ringen in der 11. Isonzoschlacht wuchs gestern zu besonderer Höhe an. Die Wucht des italienischen Angriffs war noch stärker als an den vorangegangenen Tagen. Der Erfolg blieb unbestritten unseren Waffen. Auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligen Geist richtete sich, von verschwenderisch schießenden Batterien aller Kaliber unterstützt, die Gewalt des feindlichen Stoßes vor allem gegen die Räume von Kal und Podlesco. In stundenlang andauernden schweren Kämpfen gewannen unsere Tapferen vollends die Oberhand über die durch Verstärkungen ununterbrochen genährten Massen des Feindes. Spät in der Nacht wurde der letzte italienische Ansturm abgewiesen. Außergewöhnlich heftig brandete der Kampf wiederum um den Besitz des seit Tagen heißumstrittenen Monte San Gabriele. Als es in den Abendstunden am Nordhang einer italienischen Kampfgruppe gelungen war, in unsere Stellung einzudringen, wurde sie durch Abteilungen der Regimenter Nr. 20 (Reu-Sandec), 34 (Kassa) und 87 (Cilli) im Gegenstoß gefaßt und aufgerieben. Ein italienischer Stabsoffizier und 20 Mann blieben in unserer Hand. Ein weiterer Angriff kurz vor Mitternacht, nordöstlich des Gabriele ohne Artillerieeinleitung eingesetzt, wurde durch unser Feuer niedergestreckt. Eine mächtige italienische Angriffswelle sollte östlich von Görz und nördlich des Wippach-Tals Bahn schaffen. Nach sechsstündiger Artillerievorbereitung brach zu Mittag die feindliche Infanterie gegen unsere Linien vor. Am Friedhof von Görz und bei Graziana wurde der Gegner durch die hervorragende Wirkung unserer Batterien, denen überhaupt reichlicher Anteil an den gestrigen Erfolgen gebührt, zum Weichen gezwungen. Bei San Marco hingegen konnte der Feind erst im erbitterten Ringen von Mann gegen Mann zurückgeworfen werden, wobei sich namentlich die bewährten Kämpfer des nordböhmischen zweiten Jägerbataillons und der kroatischen Infanterie-Regiments Nr. 96 hervortaten. In engem Kampfraum brachten wir hier Gefangene von sieben italienischen Regimentern ein. Auf der Karst-Hochfläche kam es zu keinen größeren Kampfhandlungen. Triest wurde neuerlich von feindlichen Fliegern heimgesucht. Die in die Stadt geworfenen Bomben richteten keinen nennenswerten Schaden an.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 30. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Die Kampftätigkeit in Flandern beschränkte sich auch gestern auf starkes Feuer in einigen Abschnitten nordöstlich und östlich von Ypern.

Frühmorgens führten die Engländer einen heftigen Vorstoß nordöstlich von Wiltje, der verlustreich im Feuer und Nahkampf zusammenbrach.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Am Chemin des Dames scheiterten mehrere nach Feuerwellen vorbrechende Erkundungsstöße der Franzosen südöstlich von Cerny.

Vor Verdun nahm abends der Artilleriekampf wieder größere Stärke an. Außer Erkundungsgefechten keine Infanterietätigkeit.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Französisches Feuer gegen Thiaucourt wurde erneut durch kräftige Beschießung von Noviant-aux-Prés erwidert.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Dünaburg und Smorgon lebte die Feuertätigkeit erheblich auf. Auch südwestlich von Luck, bei Tarnopol und am Pruth war die russische Artillerie rühriger als sonst.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Südlich von Tirgul Ocna wurden rumänische Angriffe gegen unsere Linien abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Kampferfolg des 28. August in den Bergen nordwestlich von Focsani wurde gestern erweitert. Kraftvoller Stoß der bewährten Angriffstruppen warf den zäh sich wehrenden Feind aus Jresti und drängte ihn über die Höhen nördlich des Dorfes gegen das Susita-Tal zurück. Ein aus Schlesiern und Sachsen bestehendes Regiment zeichnete sich besonders aus. An 300 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre und Fahrzeuge wurden eingebracht.

Heftige Entlastungsangriffe der Gegner ohne Rücksicht auf Menschenverlust, gegen die von uns nordöstlich und nördlich von Muncelul erkämpften Linien geführt, blieben erfolglos und ohne Einfluß auf die Angriffsbewegung westlich der Susita.

Am Sereth und an der unteren Donau steigerte sich die Gefechtstätigkeit.

Mazedonische Front.

Die erhöhte Feuertätigkeit dauert an, besonders südöstlich des Doiran-Sees. Bei Thuma und Aleak Mah unternahmen die Bulgaren erfolgreiche Streifen, bei denen französische Posten aufgehoben und Gefangene zurückgeführt wurden. Eine angreifende feindliche Kompagnie wurde durch Feuer vertrieben.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 30. August.

Die Kohlenversorgung gewerblicher Verbraucher. Amtlich wird gemeldet: Für die Brennstoffversorgung gewerblicher Verbraucher mit einem Monatsbedarf von 10 Tonnen (200 Zentner) und mehr ist es von größter Wichtigkeit, daß sie die durch die Bekanntmachung des Reichskommissars für Kohlenverteilung vom 8. August 1917 (Reichsanzeiger Nr. 192) geforderten Meldungen in der Zeit vom 1. bis 5. September 1917 genau und rechtzeitig an die vorgeschriebenen Stellen erstatten. Wer die Meldekarten nicht rechtzeitig abliefert, hat keine Aussicht, im Oktober beliefert zu werden, weil die Karten als Grundlage für die Kohlenverteilung dienen werden. — Zwischenlieferer (Händler) haben auf die unverzügliche Weitergabe der Meldekarten (§ 6 der Bekanntmachung vom 17. Juni 1917, Reichsanzeiger Nr. 145) an ihre Vorlieferer besonders zu achten. Eine saumselige Weitergabe kann zur Folge haben, daß eine Zuweisung der betreffenden Mengen nicht möglich ist. Die Händler nehmen zweckmäßig die Abschriften der Karten zu ihren Akten mit dem genauen Vermerk, welcher Verbrauchsgruppe der zu meldende Verbraucher angehört. — Die Annahme der Meldekarten darf von dem bisherigen Lieferer nicht verweigert werden. Wenn der bisherige Lieferer die Annahme der Meldekarten trotzdem verweigert, oder wenn ein neu eröffneter Betrieb keinen Lieferer zur Annahme seiner Meldekarten bereit findet, so ist neben der ohnehin für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten Meldekarte für den Lieferer eine bestimmte Meldekarte dem Reichskommissar für Kohlenverteilung in Berlin mit einem besonderen Begleitschreiben einzusenden, in welchem anzugeben ist, aus welchem Grunde die Meldekarte nicht an einen Lieferer gegeben ist und welcher Lieferer vorgeschlagen wird. — Die Meldungen derselben Bedarfsmengen bei mehreren Lieferern sind verboten und werden bestraft. — Falls der Lieferer (Händler) die in der Meldekarte aufgeführten Brennstoffe von mehreren Vorlieferern bezieht, so gibt er nicht die urschriftliche Meldekarte weiter, sondern verteilt deren Inhalt auf neue Meldekarten, die an die einzelnen Vorlieferer weiterzugeben sind. Die Meldungen der neuen Meldekarten dürfen zusammen nicht mehr ergeben als die urschriftliche Karte. Jede neue Meldekarte hat 1. die auf diese Karte entfallende Menge sowie 2. in der Gesamtsumme die auf andere Karten verteilte Restmenge der urschriftlichen Karte zu enthalten. Die neuen Meldekarten sind mit dem Vermerk: aufgeteilt und dem Namen derjenigen Firma zu versehen, die aufgeteilt hat. Die urschriftliche Karte ist sorgfältig aufzubewahren. Zu Absatz 1 der auf den Meldekarten befindlichen Anleitung für die Ausfüllung der Meldekarten wird bestimmt, daß dort die verlangte Gesamtsumme nicht nur für die Bestellung (Spalte 8 und 9), sondern auch für die Zufuhr, den Bestand und Verbrauch (Spalte 5, 6, 7) angegeben werden muß. — Für ausländische Kohle sind gesonderte Meldekarten einzureichen. In diesem Falle sendet der Verbraucher sowohl die für den Reichskommissar für Kohlenvereilung in Berlin, als auch die für den Lieferer vorgesehene Meldekarte zusammen in ein mit der Aufschrift „Auslandskohle" versehenen Umschlag an den Reichskommissar für Kohlenversorgung in Berlin. — Andere vermehrte Mitteilungen auf Karten, als die verlangten, sind zwecklos und zu vermeiden. — Abgesehen von der rechtzeitigen Meldung der Verbraucher wird die glatte Durchführung vom Reichskommissar für Kohlenverteilung auf Grund der Meldungen der geplanten Kohlenversorgung von der Gewandtheit und Schnelligkeit der Arbeit des Handels abhängen. Es wird Sache des Handels sein, zu beweisen, daß er den Anforderungen gewachsen ist.

Die Neuregelung der Preise für Butter, die zugleich eine Erhöhung dieser Preise in sich schließt, wird jetzt im Reichsanzeiger bekanntgegeben. Sie soll mit dem 1. September in Kraft treten. In den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt" wird dazu bemerkt: Zu einer allgemeinen Erhöhung der Buttergundpreise, wie sie vielfach angeregt wurde, liegt ein Bedürfnis für manche Teile des Reiches nicht vor. Ein höherer Grundpreis würde die Butter in Gebieten, wo die bisherigen Preise noch ausreichen, unnötig verteuern. Es mußte daher ein Weg gefunden werden, um lediglich für diejenigen Landesteile, in denen die Entwicklung der wirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere der Mangel an geeigneten Futtermitteln ein Auskommen mit dem bisherigen Grundpreise ausschließen, eine Erhöhung innerhalb bestimmter Grenzen zu ermöglichen. Preisbestimmungen, die geeignet sind, die Milcherzeugung und Butterherstellung unnötigerweise zu hemmen und die Milchwirtschaft unrentabel zu machen, sind gegenüber den bestimmt vorauszusehenden erhöhten Schwierigkeiten, den Bedarf des kommenden Winters einigermaßen zu decken, nicht zu verantworten. Die Preispolitik muß dabei aber immer so sein, daß sie eine Frischmilchversorgung der großen Bedarfsgebiete zu angemessenen Preisen fördert. Diesen Grundgedanken folgt die neue Butterpreisverordnung. In dem ersten der Abschnitte, in die sie zerfällt, werden die bestehenden Grundpreise aufrecht erhalten, nur die Unterscheidung in 3 Klassen Handelsware ist als nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend durch eine solche in 2 Klassen ersetzt worden. Die einschneidendste Neuregelung der Verordnung befindet sich im zweiten Abschnitt, in dem die **Landeszentralbehörden ermächtigt werden, von den Grundpreisen abweichende Höchstpreise für die einzelnen Landesteile festzusetzen.** Diese Ermächtigung, die auf andere Stellen — z. B. die Oberpräsidenten — wird übertragen werden können, ist aber für den Fall einer Erhöhung über die Grundpreise hinaus begrenzt durch zwei Schranken. Einmal nämlich darf der **Butterherstellerpreis** ein bestimmtes Verhältnis zum Milcherzeugerpreis nicht überschreiten und ferner soll er nicht über 3 **Mark** für ½ **Kilogramm** betragen. Das Preisverhältnis zwischen Milch und Butter ist so festgesetzt, daß der Butterpreis für ein Pfund nicht mehr als **das Achtdreiviertelfache des Preises für einen Liter Vollmilch betragen darf.** Der Butterpreis würde also z. B. für Gebiete, die einen Milcherzeugerpreis von 30 Pfg. haben, auf 2,63 Mark für ½ Kilogramm beim Verkauf durch den Hersteller (Molkerei oder Kuhhalter) steigen dürfen. Diese Anpassung an die Milchpreise erschien zweckmäßig, weil gerade die Milchpreise infolge ihrer Festsetzung in den einzelnen Wirtschaftsgebieten am besten den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werden, weil sie schon im eigenen Interesse der Landwirtschaft an bestimmte Höchstpreisgrenzen gebunden sind und weil damit dem bisherigen Zustande der Abwälzung aller Unkostensteigerung allein auf die Milch ein Ende gemacht wird. Der dritte Abschnitt sieht die Festsetzung von Einheitspreisen für den Butterverkauf in den Bedarfsgebieten vor, so daß dort im Verkehr nicht mehrere Butterpreise nebeneinander vorkommen können. Der vierte Abschnitt setzt die **Zuschläge,** die sich notgedrungen auf dem Wege von dem Butterhersteller zum Verbraucher ergeben, in der bereits bestehenden Höhe fest. Sie ergeben eine **Gesamtbelastung von 30 Mark für den Zentner Butter. Für größere Städte wird eine weitere beschränkte Erhöhung** des Verdienstes für den Groß- und Kleinhandel vielfach nicht zu vermeiden sein. Der fünfte Abschnitt enthält außer Uebergangsbestimmungen als wichtigste Vorschrift die Ermächtigung für die Reichsstelle für Speisefette, besonderen Verhältnissen in einzelnen Landesteilen durch Erweiterung der in der Verordnung festgesetzten Grenzen Rechnung zu tragen.

Weiter heißt es in den Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt: Hand in Hand mit dieser Neugestaltung der Preise wird der weitere Ausbau der Bewirtschaftung von Milch und Butter durch eine zweckmäßige, den örtlichen Wirtschaftsverhältnissen angepaßte Organisation zur Erfassung dieser Nahrungsmittel in den Erzeugungsgebieten, durch Ueberwachung ihres Verbrauchs in den Bedarfsgebieten und vor allem durch Bekämpfung des Schleichhandels gehen müssen. Ohne eine angemessene Preisgestaltung können aber gerade bei Milch und Butter auch die straffste Organisation, die umfassendste Regelung durch Vorschriften und die schärfste Kontrolle auf die Dauer keinen Erfolg haben. Ausreichende Preise sind vielmehr eine unerläßliche Vorbedingung für die Wirksamkeit der auf die Versorgung der Bevölkerung gerichteten behördlichen Tätigkeit auf diesem Gebiete. Die Versorgung mit Speisefetten und Milch wird im kommenden Winter nur unter erheblich vermehrten Schwierigkeiten vor sich gehen können.

Die Verbraucher werden dieser Neuregelung nicht gerade mit freudigen Gefühlen gegenüberstehen. Sie sollen die höheren Preise zahlen, haben aber keine größere Aussicht auf eine bessere Versorgung. Daß die Preise für Milch und Butter bisher nicht ausreichend gewesen sein sollten, entspricht wohl nur der Auffassung gewisser Produzenten.

Eine Feuerungserhebung findet am 1. September statt. Von der Erhebung werden betroffen: die Verbraucher von Hausbrand, die landwirtschaftlichen Betriebe, das sogenannte Kleingewerbe und der Handel mit Brennstoffen.

Der Paßzwang nach Schweden. Am 1. September treten folgende Bestimmungen in Kraft: Paßzwang gilt für alle Ausländer, die in Schweden ankommen, jedoch nicht für Kinder unter 12 Jahren in Begleitung von erwachsenen Personen. Der Paß soll Angaben über vollständigen Namen, Nationalität, Geburtsdatum und Geburtsort, Beruf, Heimatsort, Personalbeschreibung und Zweck der Reise, ferner Photographie und Namensunterschrift, beglaubigt von der ausfertigenden Behörde, ebenso Gültigkeitszeit, enthalten. Der Text soll in schwedischer, dänischer, norwegischer, deutscher, französischer oder englischer Sprache abgefaßt oder mit beglaubigter Uebersetzung in eine von diesen Sprachen versehen sein. Der Paß muß von der schwedischen Gesandtschaft oder von einem schwedischen Berufskonsul in dem Lande, wo er ausgefertigt wurde, visiert sein. Visierungszwang gilt nicht für Staatsangehörige eines Landes, das nicht einen solchen für schwedische Staatsangehörige fordert. Fremde Schiffsbesatzungen sollen mit Pässen versehen sein. Visierung ist notwendig für Angehörige eines Landes, das eine solche für schwedische Staatsangehörige fordert, jedoch nur beim Anlandgehen, und wird von der Ortspolizeibehörde vorgenommen. Der Kapitän hat die Innehaltung dieser Vorschrift zu überwachen. Bei der Ankunft in Schweden haben Personen, die dem Paßzwang unterworfen sind, ihre Pässe bei der Ortspolizeibehörde am ersten Ort vorzuzeigen und auf Verlangen Auskunft zu geben. Wer unbefugt hereingekommen ist, kann unmittelbar ausgewiesen werden.

Wie spare ich Gas? Die Gasgesellschaft und das städtische Gaswerk in Frankfurt a. M. geben Ratschläge zur Gasersparnis. Im wesentlichen lauten sie: Lösche sämtliche Zündflammen. Lasse große Brenner durch kleinere Liliput- oder Zwergbrenner ersetzen. Halte jeden Brenner in Ordnung, lasse Mängel beseitigen. Halte die Unterseite der Kochgefäße rein; Ruß ist schlechter Leiter. Verwende dünnwandige, flache Kochgefäße und nur solche mit Deckel. Stelle die Flamme so ein, daß sie nicht über den Boden des Kochgefäßes hinausschlägt, sondern den Bodenrand zwei Fingerbreit unberührt läßt. Benutze den Rippenring für Kochgefäße, die größer sind als der Kochplattenausschnitt. Drehe, sobald der Inhalt des Gefäßes kocht, den Gashahn zurück. Stelle nach dem Ankochen geeignete Kochgefäße zum Weiterkochen übereinander und bedecke die oberen Gefäße mit Deckel und Tuchhaube. Bereite warmes Wasser in einem Topf, der statt des Deckels auf das Kochgefäß gesetzt wird, und erwärme das Wasser nicht über die notwendige Temperatur. Zumischen von kochendem Wasser zu kaltem Wasser ist unvorteilhafter als die Erwärmung der ganzen Wassermenge. Verwende nach dem Ankochen zum Garkochen die Kochkiste, die stundenlange Feuerung unnötig macht und am besten zur Gasersparnis beiträgt. Brenne den Gasofen nicht bei offenem Fenster. Die meisten dieser Ratschläge sind allerdings sparsamen Hausfrauen längst bekannt und wurden schon immer von ihnen befolgt.

Die Freie Jugend Lübecks veranstaltet am kommenden Sonntag in der Brauerei zur Walkmühle ein Sommerfest, bestehend aus Konzert, Reigenaufführungen und Ansprache. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pfg. Der Reinertrag ist für die Familienfürsorge des Roten Kreuzes bestimmt. Karten sind schon jetzt an den bekannten Stellen zu haben. Zahlreicher Besuch ist wohl zu erwarten.

Die hiesige Rechnungsstelle der „Volksfürsorge“, Johannisstraße 48 pt. ist von jetzt an nur noch **Freitag** und **Sonnabends** abends von 7 bis 8½ Uhr abends geöffnet.

Die Ortssammelstelle für Obstkerne, St. Annenstr. 1 erlaubt sich die höfliche Bitte, die Kerne nur sortiert einzuliefern, da ein Aussuchen der verschiedenen Sorten in der Sammelstelle nicht möglich ist.

Hansa-Theater. Es wird nochmals auf das am Donnerstag, dem 30. August und Sonnabend, dem 1. September stattfindende Gastspiel der berühmten orientalischen Tänzerin Sent M'Ahesa hingewiesen. Vom 2. bis 16. September ist eine Nachspielzeit und am 16. September beginnt die Winterspielzeit.

Hamburg. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Familienunterstützung sowie der Militär- und Hinterbliebenenversorgung beschäftigte am Dienstag eine Versammlung der Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorstände. Nach einem Referat des Arbeitersekretärs Genossen Güldenberg und einer sich daran knüpfenden Aussprache gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme: „Die am 28. August im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Kartelldelegierten und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften hält die Erhöhung der Familienunterstützung sowie der Militär- und Hinterbliebenenversorgung für dringend notwendig. Was die Sorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer anbetrifft, so erkennt die Versammlung gern die in mehreren Orten des Kartellbezirks getroffenen vielgestaltigen Fürsorge-Einrichtungen an, muß aber im Anschluß hieran doch betonen, daß eine nochmalige Erhöhung der Unterstützungssätze erfolgen muß. Sind doch namentlich im laufenden Jahre die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Schuhwerk, Feuerung usw. ganz enorm gestiegen; dabei macht sich der Mangel an Kleinwohnungen und das Bestreben der Grundeigentümer, die Mieten zu steigern, immer mehr bemerkbar. Pflicht des Staates und der Gemeinden ist es, hier helfend einzugreifen, um, wie regierungsseitig bei früheren Gelegenheiten anerkannt worden ist, von den Angehörigen der Kriegsteilnehmer alles fernzuhalten, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist. Im Laufe des Krieges ist nun der Naturalverpflegungssatz für Soldaten auf 2 Mark pro Tag erhöht worden, und nach einem neuerlichen Erlaß des preußischen Finanzministers sollen den Beamten jetzt neben den bisherigen Kriegsbeihilfen noch laufende Teuerungszulagen gewährt werden. Während hiernach einem Unterbeamten mit einem Gehalt von 2000 Mark und einem Kinde an Kriegsbeihilfen 324 Mark, an Teuerungszulagen 396 Mark, zusammen 720 Mark, gleich 36 Proz. seines Gehalts zustehen, erhält ein höherer Beamter der Klasse 3 mit 6000 Mark Gehalt 120 Mark und 792 Mark, zusammen 912 Mark, gleich 15,2 Prozent seines Gehalts. Mit diesen Erhöhungen hat selbst die Regierung durch Gewähren weiterer Zulagen anerkannt, daß z. B. 2400 Mark für eine dreiköpfige Familie unter den heutigen Verhältnissen zur Bestreitung der gesamten Ausgaben nicht ausreichen. Unter Hinweis hierauf wird die entsprechende Erhöhung aller Unterstützungssätze beantragt und ferner vorgeschlagen, den erzielten Arbeitsverdienst der Frauen der Kriegsteilnehmer nur mit dem 100 Mark monatlich übersteigenden Betrage bis zur Hälfte in Anrechnung zu bringen. Weiter hält die Versammlung eine baldige Aenderung des Mannschafts-, sowie des Militärhinterbliebenengesetzes mit Erhöhung der Versorgungsgebührnisse ebenfalls für dringend notwendig. Sowohl für die Bezüge der Kriegsbeschädigten, wie auch für die der Hinterbliebenen muß das vorherige Arbeitseinkommen des Kriegsteilnehmers zu Grunde gelegt werden. Daß die im Mannschafts- und Militärhinterbliebenengesetz vorgesehenen Rentensätze zu niedrig sind, hat der Reichstag und auch die Regierung bereits im Jahre 1915 anerkannt. Mit Rücksicht hierauf wird ein baldiges Eingreifen des Reichs erwartet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Bundesratsvertreter der Einzelstaaten einmütig für diese Forderungen eintreten werden.“ — Diese Entschließung soll Senat und Bürgerschaft, sowie den zuständigen Reichsbehörden unterbreitet werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. August. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden in der Nordsee und im Bristol-Kanal neuerdings 4 Dampfer und 3 englische Fischerfahrzeuge versenkt, darunter zwei bewaffnete englische tiefgeladene Dampfer von mindestens 4000 Tonnen, ein tiefgeladener französischer Dampfer, anscheinend mit Kohlenladung und die englischen Fischerfahrzeuge Nr. 101, „Elroza“ (W X 105) und S H. 107.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 29. August. Aus London wird gemeldet: Die russischen Vertreter auf der interalliierten sozialistischen Konferenz erklärten, daß sie Auftrag erhalten hätten, nur als Zuschauer der Konferenz beizuwohnen, und daß sie nur aktiv an einer Konferenz teilnehmen könnten, an der sämtliche kriegführenden Mächte beteiligt seien.

Amsterdam, 29. August. Aus Washington wird gemeldet: Die Antwortnote des amerikanischen Präsidenten auf die Friedensnote des Papstes ist an den Vatikan abgesandt worden. Die Note bespricht im einzelnen die Friedensvorschläge, erklärt aber, daß es Sache des deutschen Volkes selbst sei, den Krieg zu beendigen. Die grundlegenden Gedanken der päpstlichen Note sind einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen worden. Die Note wird heute veröffentlicht werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Brennstoff-(Feuerungs-)Erhebung
vom 1. September 1917.

(E. 1.) Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. Juli 1917; 2.) Ausführungsverordnung des Senates vom 29. August 1917.)

Am 1. September 1917 findet auf Anordnung des Reichskommissars im ganzen Deutschen Reiche eine Bestands- und Bedarfsermittelung von Brennstoffen statt. Von der Erhebung werden betroffen:

1. die Verbraucher von Hausbrand,
2. die landwirtschaftlichen Betriebe,
3. das sogenannte Kleingewerbe,
4. der Handel mit Brennstoffen.

Für die Meldepflichtigen zu 1 bis 3 werden Fragebögen in den Häusern umgeteilt werden.

Wer bis zum 1. September einen Fragebogen nicht erhalten hat, ist verpflichtet, sich einen solchen vom Statistischen Amt, dem Polizeibezirk oder dem Gemeindevorstand zu beschaffen.

Die Händler haben auf besonderen Fragebögen zu melden, die bei der Polizeikasse erhältlich sind.

Alles Nähere geht aus den Fragebögen hervor.

Meldepflichtige, die an der rechtzeitigen Ausfüllung des Fragebogens verhindert sind, haben dies dem Statistischen Amte sofort mitzuteilen.

Wer die Fragen nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht vollständig oder unrichtig beantwortet oder der Verpflichtung aus dem vorhergehenden Absatz zuwiderhandelt, hat für die Regel Gefängnisstrafe zu erwarten.

Lübeck, den 29. August 1917. (2412

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Den Angehörigen von Kriegsteilnehmern werden, sofern sie nicht Anspruch auf Krankenkassenleistungen haben, freie ärztliche Behandlung und Arznei, sowie Zuschüsse zu den Kosten der zahnärztlichen Behandlung gewährt. Bedingung der Gewährung ist aber, daß die Kriegerangehörigen sich vor der Inanspruchnahme des Arztes oder Zahnarztes einen Krankenschein in unserem Geschäftszimmer, St. Annenstraße 3, in den Sprechstunden von 8—12 Uhr vormittags ausstellen lassen. In dringenden Fällen kann die Ausschreibung des Krankenscheines auch später, und zwar längstens innerhalb 24 Stunden nach Inanspruchnahme der Hilfe, beantragt werden. Für den Fall, daß vorstehende Bedingung nicht innegehalten wird, müssen jegliche Zahlungen von uns abgelehnt werden.

Es wird gleichzeitig noch darauf aufmerksam gemacht, daß ein Zuschuß nur gezahlt wird, wenn die Behandlung durch einen Zahnarzt erfolgt, welcher in der in unserem Geschäftszimmer einzusehenden Liste aufgeführt ist.

Lübeck, den 31. August 1917. (2422

Rotes Kreuz,
Abteilung IV.

Annahme der sauberen, getrockneten und sortierten Obstkerne, auch Kürbiskerne, an jedem Mittwoch und Freitag, nachmittags von 4—7 Uhr, in der Ortssammelstelle, St. Annenstr. 1. 2410

Erdgeschoßzimmer zu vermieten
Sandstraße 19, I. r. vorm. 2404) Breiter Stein gegenüber.

Gesucht 1400 Mk. zu 5%
zur Selbstgeber. Angeb. unter U P an die Exped. (2405

Bekanntmachung
über die Anrechnung selbstgeernteter Kartoffeln auf Kartoffelkarten.

Die auf Anbauflächen bis zu 200 qm Größe geernteten Frühkartoffeln werden den Besitzern dieser Flächen einschließlich ihrer Familienangehörigen, nachdem die Zufuhr von Frühkartoffeln sich befriedigend gestaltet hat, auf die an sie ausgegebenen Kartoffelkarten nicht angerechnet. Der Ausschuß für Kriegshilfe spricht gleichzeitig aber die Erwartung aus, daß die Zurückstellung von Frühsaatkartoffeln für den nächstjährigen Anbau im möglichst großen Umfang vorgenommen wird.

Bezüglich der auf größeren Anbauflächen geernteten Frühkartoffeln bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen sein Bewenden.

Hinsichtlich der Anrechnung von Herbstkartoffeln ergehen noch besondere Bestimmungen.

Lübeck, den 30. August 1917. (2418

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Am 18. August fiel an der Seite seines lieben Bruders Hermann in den schweren Kämpfen bei . . . . , nach dreijährigem hartem Ringen unser ältester, lieber, herzensguter Sohn, Bruder und Neffe, der Gefreite

Hugo Behnke

Inhaber des Eisernen und des Oldenburgischen Friedrich-August-Kreuzes
im 27. Lebensjahre. 2409

In tiefem Schmerz im Namen der Familie

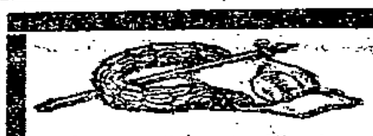
Heinrich Behnke und Frau geb. Hardt.
Sein Bruder **Heinrich**, zurzeit in russischer Gefangenschaft, nebst Braut **Anna Schildt.**
Sein Bruder **Hermann**, zurzeit im Felde.
Seine liebe Schwester **Emma.**
Seine liebe Braut **Frieda Lischewsky**
und alle Verwandten, Freunde und Bekannten.

Rensefeld, den 28. August 1917.

In der Blüte deiner Jugend, in der Fülle deiner Kraft,
Hat des Feindes Kugel dich dahingerafft.
Wenn uns auch bricht das blutende Herz,
Wir müssen ertragen den furchtbaren Schmerz.
Und schweift zu dir auch tränenumflort der Blick,
Du kehrst zu uns doch nimmermehr zurück.
Wir werden dein gedenken immerzu,
Bis wir einst selber geh'n zur ew'gen Ruh'.

Draußen im fremden Land wölbt sich ein Hügel,
Gern schmückte ihn unsere Hand, ach, hätten wir Flügel.
Kann auch unser Auge nicht über ihm weinen,
Werden die Sterne doch leicht darauf scheinen.
Diesem Feldgrab gilt all' unser Sehnen,
Fällt nachts der Tau herab, sind's uns're Tränen.
Nichts hall unser Beten, nichts hall unser Fleh'n,
Vernichtet unsere Hoffnung auf ein Wiedersehn.

Nun ruhe sanft, du edles Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz.



Den Heldentod für das Vaterland starb am 25. ds. Mts. infolge einer am 21. ds. Mts. erlittenen schweren Verwundung im Westen unser Kanalwärter

August Ruschewski
aus Behlendorf.

Wir werden unserem Mitarbeiter, der seine Treue gegen das Vaterland mit seinem Blute besiegelte, ein ehrendes Andenken bewahren. (2411

Die Kanalverwaltung Lübeck.

Gef. ein Laufbursche
für den ganzen Tag. (2419
Buchdruckerei Werner & Hörnig,
Königstraße 47.

Ein fast neuer **Puppenwagen** zu verkaufen. (2403
Wickedestraße 28, II.

Eine Ziege zu verkaufen.
Brandt, Rensefeld,
2414) Lindenstraße 13.

Gesucht ein kleiner glatthaar. wachsamer guterzogener **Hund** in gute Hände. Angeb. m. Preis unt. **J P L** an die Exp. (2415

Gefunden ein Trauring,
gez. Karl Heldt. Abzuholen
2416) **Ludolph**, Johannisstr. 46, I.

Meine Wohnung befindet sich jetzt
Wakendorfstr. 23, pt.
2420 **Chr. Thies.**

Jedes Bild
vergrößert (2417
Reinhard, Gloxinstraße 5.

Reife süße Eßbirnen Pfd. 35 ₰
Beurre gris Pfd. 35 ₰
Kochbirnen Pfd. 28 ₰ 2421
Otto Höpfner, Roedstraße 16.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2406
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Bilderleisten einrahmungen 2407
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Stadthallen-Sommertheater 2413
Donnerstag, 30. Aug. 1917:
Filmzauber.
Freitag, den 31. August 1917:
Gastspiel von **Arno Hoß:**
Flachsmann als Erzieher
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.
Sonnabend, den 1. Sept. 1917:
Anfang 8¼ Uhr
Ehrenabend zugunsten des Spielleiters **Willy Schwelsguth**
Kyritz-Pyritz.
Posse mit Gesang.

HANSA-THEATER.
Donnerstag, den 30. August, Sonnabend, den 1. September abends 8 Uhr:
Gastspiel der orientalischen Tänzerin
Sent M'ahesa.
Gewöhnliche Preise. 2408

Nr. 203
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 30. August 1917

Zum schwedischen Wahlkampf.

Von Wilhelm Jansson.

Stockholm, 19. August.

Im Laufe des September finden die Neuwahlen zur Zweiten schwedischen Kammer statt, und der Wahlkampf tobt jetzt trotz des Weltkrieges ebenso heftig wie im Frühjahre 1914, als die politische Krise des Landes ihren Höhepunkt erreicht zu haben schien. Bei den damaligen Frühjahrswahlen stand die Wehrfrage zwar im Vordergrunde der Agitation, aber innerst galt der Kampf doch den Fragen des Verfassungslebens. Der König hatte durch sein Eingreifen im Februar das liberale Ministerium Staaff gestürzt, das die Mehrheit in der Kammer hatte, aber dem königlichen Diktum weichen mußte. Ein Geschäftsministerium Hammarskjoeld-Wallenberg trat an die Spitze des Landes, nachdem die Konservativen unter Lindmann die Uebernahme der Regierung abgelehnt hatten. Unter dem Eindruck des im August ausgebrochenen Weltkrieges wurde die Heeresvorlage im wesentlichen in den von Staaff entworfenen Grundzügen angenommen, und die verfassungsmäßigen Wahlen vom September 1914 gingen gleichfalls unter dem Eindruck des Krieges relativ ruhig von statten. Eine Aenderung in der Zusammensetzung der Kammer brachten sie nicht, die Linke behielt die unantastbare Mehrheit, während die Konservativen mit 86 Mandaten unter 230 eine ansehnliche Minderheit bildeten.

Während der beiden ersten Kriegsjahre wurde auch in Schweden ein gewisser „Burgfrieden" aufrechterhalten. Alle Parteien bekannten ihr Einverständnis mit der Regierung in der Aufrechterhaltung der Neutralität des Landes, und auch Branting als Führer der stärksten Partei in der Kammer bekundete dem Herrn Hammarskjoeld wiederholt sein Vertrauen. Das Verhältnis änderte sich jedoch, je mehr der sozialdemokratische Führer sich in den Dienst der Ententeinteressen stellte. Hammarskjoeld hatte für seine Politik zum Grundsatz erhoben, daß sie „schwedisch, nichts als schwedisch" sein sollte. Die Tatsache nun, daß eine rein schwedische Politik verschiedentlich identische Interessen mit Deutschland notgedrungen haben muß, brachte Hammarskjoeld mi tBranting in Konflikt, und je mehr sich der letztere an der Seite des zaristischen Rußlands und der „demokratischen" Westmächte orientierte, um so heftiger wurde sein Kampf gegen das Ministerium Hammarskjoeld. Als dieser sich weigerte, die englischen Bedingungen für ein Handelsabkommen anzunehmn, die zwar den schwedischen Handel mit dem damals ebenfalls „neutralen" Amerika gestattete, aber dafür die gesamte schwedische Einfuhr und Ausfuhr unter englische Kontrolle gebracht hätten, begann die Linke unter Brantings Führung immer ungestümer den Rücktritt des Kabinetts zu fordern. Nachdem die Staatsrevisoren des Reichstages Kenntnis von den englischen Bedingungen erlangt hatten, erklärte allerdings auch ein sozialdemokratisches Mitglied dieser Revisionskommission, daß die Regierung unmöglich hätte anders handeln können, wenn das Land nicht in englische Abhängigkeit geraten sollte. Es wurde für eine Weile ruhiger um das Ministerium, aber im Herbst 1916 mußte Herr Hammarskjoeld einem konservativen Parteiministerium Platz machen.

An der Spitze dieses neuen Kabinetts stehen die Führer der Konservativen, Swartz und Lindmann. Sie haben, was auch die Linke wiederholt anerkannt hat, ehrlich an einer Einigung mit England hinsichtlich der schwedischen Zufuhr gearbeitet. Der einzige Erfolg, den sie bis jetzt davontrugen, verdanken sie einer ebenfalls heftig angegriffenen Maßnahme des Herrn Hammerskjoeld. Dieser hatte seinerzeit, um den Krieg von der schwedischen Ostseeküste fernzuhalten, die im schwedischen Territorialgewässer laufende Fahrstraße Kogrundsrinne für die Kriegführenden gesperrt. Eine größere Anzahl englischer Handelsschiffe, die seit Beginn des Krieges in russischen Ostseehäfen lagen, konnte durch diese Maßnahme für die Dauer des Krieges nicht mehr aus der Ostsee gebracht werden, ohne Gefahr zu laufen, von deutschen Streitkräften aufgebracht zu werden. Herr Lindman konnte nun der englischen Regierung die Benutzung der Kogrundsrinne konzedieren gegen die Bedingung, daß für jedes englische Schiff, das die Straße passierte, ein von England widerrechtlich zurückgehaltenes schwedisches Schiff mit Ladung freigegeben wurde. Auch hier hatte das Kabinett Hammerskjoeld eine zweckmäßige und „rein schwedische Politik" getrieben.

Man muß auf alle diese Dinge zurückkommen, wenn man den jetzigen Wahlkampf skizzieren will. Denn eigentümlicherweise spielt die von der Linken bei der Eröffnung des Wahlkampfes proklamierte Forderung auf eine demokratische Verfassungsreform im Wahlkampfe selbst eine nur untergeordnete Rolle, während das schwerste Geschütz gegen die Politik des Ministeriums Hammarskjoeld aufgefahren wird, das längst von der Bildfläche verschwunden ist und für das keine Reichspartei mehr als die andere verantwortlich gemacht werden kann. Dann, wie schon erwähnt, hatten Branting und die Liberalen dem Ministerium Hammerskjoeld ebenso wie die Konservativen ihr Vertrauen bekundet, und als der Rücktritt im Frühjahr 1917 gefordert wurde, ist das Ministerium zurückgetreten. Obgleich in allen neutralen Ländern, nicht am wenigsten in den Nachbarländern Dänemark und Norwegen, die Lebensmittelteuerung eine enorme und die sonstigen Schwierigkeiten nicht geringer sind als in Schweden, wird hier die ganze in den Kriegsverhältnissen wurzelnde Schuld dem Ministerium Hammarskjoeld in die Schuhe geschoben. Formell steht die Verfassungsrevision (allgemeines Kommunalwahlrecht, Frauenstimmrecht, Demokratisierung usw.) zur Entscheidung im Wahlkampfe, aber in der Realität des Wahlkampfes hört man nur das Für und Wider die Handelspolitik, die gleichbedeutend ist mit der Neutralitätspolitik eines gewesenen Ministeriums.

Im Gegensatz zu den früheren Wahlkämpfen erlangt dadurch dieser für Deutschland ein besonderes Interesse. Ein Sieg der Linken bedeutet nach der Haltung ihrer Führer und ihren Proklamationen in Sachen der Handelspolitik eine Abkehr von der bisherigen Neutralitätspolitik. Branting und sein Adlatus, der bürgerliche radikale Palmstierna, dem die Ironie des Schicksals ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat übertrug, fordern die Unterwerfung des Landes unter die englischen und neuerdings amerikanischen Bedingungen für die Zufuhr von überseeischen Produkten. Das heißt mit anderen Worten, daß Schweden am Ende jegliche Zufuhr nach Deutschland einstellen soll. Es würde nach der Unterwerfung verpflichtet sein, keinerlei Fabrikate nach Deutschland zu exportieren, bei deren Herstellung auch nur zu einem geringen Teile fremde Rohstoffe verwendet wurden. Die Kontrolle über die Einhaltung der Vereinbarung würde England selbst ausüben. Daneben läuft die amerikanische Forderung auf völlige Einstellung des Handels mit Deutschland, die hinsichtlich des Eisenerzexports auch von der englischen Presse wiederholt erhoben wurde. Herr Palmstierna hat bereits vor zwei Wochen in einem Zeitungsartikel vorzuarbeiten gesucht, indem er das schwedische Interesse am Handel mit Deutschland so gering wie möglich darstellte. Deutschland liefere überhaupt zu wenig Kohle, und damit sei das schwedische Interesse an Deutschland erschöpft. Daß England gar keine Kohle zu liefern imstande ist, daß es vielmehr sogar seine eigenen Verbündeten frieren läßt, wurde dabei verschwiegen. Er verlangt das Handelsabkommen mit England-Amerika um jeden Preis. Schweden wird damit zu einem Glied in dem feindlichen Ringe um Deutschland, die Brücke zwischen den Westmächten und Rußland. Es hört auf, ein neutraler Staat zu sein, der seine Souveränität aufrechterhält im Gegensatz zu den Westmächten. Denn etwas anderes bedeutet die Unterwerfung unter die anglo-amerikanischen Forderungen nicht. Wenn dazu die im führenden Blatte der schwedischen Sozialdemokratie während des Krieges betriebene antideutsche Politik berücksichtigt wird, insbesondere die ententistische Haltung Brantings, so kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, wohin die Karre steuert.

Die Liberalen befinden sich offenbar im gleichen Fahrwasser. Eines ihrer führenden Blätter, „Dagens Nyheter", bemühen sich neuerdings, die Sache so darzustellen, als ob Deutschland selbst keinerlei Interesse an diesen schwedischen Fragen bekunde. Es habe, hieß es in einem Polemik gegen ein Mitglied des früheren Kabinetts Hamarskjoeld am 15. August, gar kein Interesse daran, daß Schweden sich hinsichtlich der Zufuhr an Gebrauchsartikeln vom Westen her in Verlegenheit gebracht hat, es finde vielmehr eine Vereinbarung mit England „ganz natürlich". Auch die Eröffnung der Kogrundsrinne hätte die deutschen Politiker und Militärs nicht beunruhigt.

Diese Behauptungen sind in dieser Form nichts als fauler Zauber, der die schwedischen Wähler über den Ernst der Lage hinwegtäuschen soll. Deutschland mischt sich selbstverständlich nicht in die innere Politik Schwedens, darin unterscheidet es sich überhaupt von den Ländern der Entente. Aber die Politik Deutschlands gegenüber Schweden ist abhängig von der Gesamthaltung dieses Landes. So lange diese eine, vor dem Kriege freundschaftliche und im Kriege absolut neutrale war, waren die Voraussetzungen der bisherigen freundnachbarlichen Verhältnisse gegeben. Unter diesen Verhältnissen hat Deutschland trotz größter Schwierigkeiten mit der eigenen Kohlenversorgung Schweden, das im Frieden keine deutsche Kohle bezog, mit Kohle versorgt. Es hat der schwedischen Landwirtschaft das notwendige Kali geliefert und Schweden auch hinsichtlich mancher andern Dinge ausgeholfen. Das geschah im Rahmen der freundschaftlichen politischen und Handelsbeziehungen, die seit Jahrzehnten zwischen den beiden Ländern bestanden. Diese Voraussetzungen sind an dem Tage hinfällig, an dem Schweden Vereinbarungen mit der Entente trifft, die den schwedischen Handel mit Deutschland gänzlich oder aber in wesentlichen Teilen unterbindet. Ein Ministerium der Linken in Schweden bedeutet nach den klaren Aeußerungen ihrer Führer eine **Neuorientierung der schwedischen auswärtigen Politik im Kriege.** Deutschland steht dann einer neuen Situation im Norden gegenüber, und es wäre verfehlt, zu glauben, daß es diese so uninteressiert beurteilen würde, wie „Dagens Nyheter" den Anschein zu erwekken sucht.

Aber auch die Wortführer der Sozialdemokratie, die wie Palmstierna den Rückgang der deutschen Kohlenlieferung im letzten Halbjahr bemängeln, sollten an der Tatsache nicht achtlos vorübergehen, daß Deutschland kein Interesse daran haben kann, größere Kohlenmengen nach Schweden auszuführen, so lange es keine Gewißheit über den künftigen handelspolitischen Kurs Schwedens hat. Die von der Linken akzeptierte Unterwerfung unter die englisch-amerikanischen Bedingungen würde die deutsche Kohlenlieferung überhaupt unmöglich machen. Die deutsche Kohle wird in Schweden vornehmlich als Industriekohle gebraucht. Die Durchführung des handelspolitischen Programms der Linken würde zur Folge haben, daß die deutscherseits gelieferte Industriekohle für die Versorgung der Kriegsgegner Deutschlands mit schwedischen Industrieerzeugnissen dienen würde. Eine solche Handelspolitik wird auch in Schweden niemand von Deutschland erwarten.

Ueber den vermutlichen Ausgang der Wahlen ist etwas sicheres nicht vorauszusagen. Man rechnet mit etwa 100 sozialdemokratischen Mandaten gegen die jetzigen 87. Aber ein Teil des Zuwachses dürfte auf Kosten der Liberalen erfolgen, die auch einige Mandate an die Konservativen abzugeben haben dürften, wodurch diese für etwaige Verluste an die Sozialdemokratie entschädigt werden würden. Verlaufen die Wahlen in diesem Sinne, würde eine Aenderung in den Mehrheitsverhältnissen nicht eintreten, und man müßte sich dann darüber verständigen, ob das jetzige konservative oder ein Ministerium der Linken oder vielleicht ein Koalitionsministerium aller drei Parteien das zweckmäßige wäre. Für ein Koalitionsministerium ist aber nach den Aeußerungen der Presse der Linken wie der Konservativen wenig Aussicht. Der König würde sich wahrscheinlich zwischen links und rechts entscheiden müssen. Aber wie die Dinge liegen, hätte ein Ministerium der Linken wenig Aussichten auf eine erfolgverheißende Arbeit, weil es in der Handelspolitik

---

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.

Von Edmund Hoefer.

12. Fortsetzung.

„Na ja, nun ist's richtig!" sprach Jakob hastig. „Schlage dich in den Busch und nimm dich in acht. Zuerst streifen sie noch allerwärts herum, zumal die Kinder. Und im vergangenen Herbst sind ein paarmal Herren vom Gericht mit dabei gewesen. Komme hinten herum und an den Stall, da auf dem Heuboden mußt du kampieren. Meine Frau soll dir was bringen, werde ihr Bescheid sagen. Und die Kinder will ich aus dem Wege schicken. Halte dich nicht auf. Hierher kommen sie sicher." — Und er war schon um das Gebüsch und eilte dem Lagerplatz und weiter dem Hause zu.

Der Flüchtling blieb noch auf der Stelle zurück, da er für den Augenblick keine Entdeckung zu befürchten hatte. Denn jetzt hatten die Ankömmlinge mit der Hausfrau — sagen wir einmal vornehm das Menu und Programm festzustellen, und Kinder schienen heut nicht von der Partie zu sein: Detlef konnte sie gut sehen, wie sie dort vor dem kleinen Hause sich lustig umhertrieben und verhandelten. Und erst als sie dem Lagerplatz zuzuziehen begannen — lieber Gott, er kannte das Programm des schlichten, ländlichen Festes, wenn man's so heißen will, gut genug aus der Zeit, wo er selber mehr als einmal ein munterer Teilnehmer gewesen war! — erst da zog er sich langsam zurück und schritt hinter den Büschen an dem Wiesenrande entlang, dem dichteren Walde zu.

Jakobs Treue und Freundschaft bestand die Probe. Hinter dem Stalle war alles einsam und still und auch die Frau ließ sich nicht blicken. Allein es stand dort ein Deckelkorb und lieferte dem Flüchtling derbe, aber ausreichende Nahrung, wie er ihrer nach den bestandenen Strapazen bedurfte. Es glitt durch das finstere Gesicht wirklich etwas wie ein dankbares Lächeln. Und als er sich versorgt hatte und davon ging, einen sicheren Platz zu suchen, — gegen den fast dunkeln und dumpfen Heuboden sträubte sich an dem sonnigen Tage und im duftig grünen Walde sein Gefühl —, und als er ihn nicht fern gefunden hatte und sich nun hinstreckte und sich einer wohltätigen Ruhe überließ: — auch da prägte sich nicht nur in seinen Zügen, sondern auch in seinem ganzen Wesen eine Zufriedenheit, ja eine Art von Behagen aus, von welchem bisher an dem verfolgten Manne keine Spur zu entdecken gewesen war. — Es ist doch was Schönes um einen treuen alten Freund! —

Der Tag verging unendlich still und einsam, nichts störte den Flüchtling und nichts beunruhigte ihn. Nur Jakob kam Nachmittags, da die Gesellschaft nach ihrem Diner die Siesta hielt, für ein paar Augenblicke herbeigeschlichen, mit neuer besserer Kost, wie die Speisereste der Fremden sie boten, ja sogar mit einer Zigarre, die er selber geschenkt erhalten hatte. Er hatte keine Not, den Freund zu finden, der, wenn nicht im Stall, nur hier weilen konnte. Der Platz war sicher genug, zwischen dem dichten Unterholz, tief versteckt, nicht fern vom Hause und dennoch von dort aus nicht zu übersehen. Besucher lockte gerade diese Gegend am wenigsten an, denn die Büsche und Stauden machten sie unwegsam, und feuchte Stellen gab es im Ueberfluß. Ein schmaler Fußpfad kam freilich, aus dem tiefsten Walde hervor, ganz nahe vorbei; aber auch ihn konnte man von Detlefs Ruheplatz aus übersehen, ohne große Gefahr, selber entdeckt zu werden. Und jedenfalls, selbst wenn eine solche drohte, fand man gerade hier noch am ersten Zeit und Gelegenheit, sich zu flüchten.

Jakob hatte allerhand zu berichten. Es waren bei der Gesellschaft wirklich auch „Gerichtsherren", und man hatte von Detlefs, wie man das hieß, über die Maßen frechen Ausbruch geredet. Es war auch von der Vergangenheit gesprochen worden, von seinem Leben und Treiben, von der unglücklichen Tat, die ihn vor sieben Jahren zu einer Flucht veranlaßt hatte, an deren Gelingen man noch heute wie an ein Wunder sich erinnerte. Und nun hatte man ihn dennoch gefaßt und auf Lösung der Rätsel gehofft: denn was gerade einen solchen Menschen so kopflos gemacht und in die Hände der Gerechtigkeit zurückgeführt haben könne, das begriff man nicht. Und man hoffte auch Aufschluß über jene Flucht zu erhalten und über das bisherige Leben des Flüchtlings. Da sollten noch ganz schlimme Dinge verborgen sein, habe einer von den Herren gemeint.

Jakob hatte das alles leicht erlauscht, als er bei den Zurüstungen zum Mittagessen längere Zeit im Kreise der Gesellschaft verweilen mußte. Denn die Frau hatte in der Küche vollauf zu tun und die Kinder waren noch zu klein, um wirklich dem Vater helfen zu können — bis auf seinen Aeltesten, dem aber augenblicklich ein ander Geschäft übertragen war. Als die Gäste von dem Brande zu Kolitz erfuhren, ließen sie nicht nach, von ihrem Wirte genauere Kunde zu verlangen, bis er ihnen genügte und den Knaben hinüberschickte; auf den Waldsteigen ließ sich, wenn man sie kannte und richtig benützte, das unglückliche Dorf kaum weniger schnell erreichen, als draußen auf dem „alten Damme", von der Sturmweide aus. Und der kleine Bote war denn auch vor kurzem zurückgekommen und hatte gemeldet, was wir selber schon an Ort und Stelle erlebten. Das Pfarrhaus sei gerade in Flammen gestanden und das Geschrei durch's Dorf gegangen, daß es angezündet worden; man wolle den Täter erblickt haben und der Gendarm Mohrenberg sei ihm nach, dem Nachbardorf Kolitz zu.

Es zuckte ein finsteres Lächeln durch das Gesicht des Flüchtlings. „Wer weiß," sprach er dann in bitterem Ton, „den dürfte man vielleicht näher finden [illegible]!"

Jakob sah ihn bestürzt an. „Sie werden doch nicht ihrem eigenen Pfarrer das Haus über dem Kopf anzünden!" rief er.

Detlef zuckte die Achseln. „Ich sage ja auch nur: wer weiß!" versetzte er mit dem gleichen finstern Lächeln.

Detlef war wieder allein und lag still unter der alten Buche und lauschte träumend hinaus in den Wald und sein Leben. Denn solche Stunden sind's, wo die Vergangenheit am liebsten emporsteigt und an uns vorüberzieht, wo die Gegenwart sich an sie anschließt und aus der Ferne auch die Zukunft schon herüberdämmert, für den einen so gut und freundlich, für den andern voll so viel Schmerz und Trauer, voll Qual und Not, voll Haß und Zorn! — Und der Tag rückte weiter vor und nun wurde er endlich wirklich schön. Der letzte Hauch erstarb, der Himmel blickte wunderbar blau zwischen den regungslosen Laubmassen da droben herab, und der Sonnenschein erfüllte und durchdrang die Kronen mit seinem glänzenden Licht. Die Mücken spielten unter dem Gezweig, die Vögel sangen und lockten allerwärts, und von der Wiese klangen die Stimmen der fröhlichen Gesellschaft herüber, vereint zu einem von den schönen alten Volksliedern, voll Lieb' und Leid, voll Trauer und Jubel.

Der Flüchtling lag und träumte und lauschte auf das ausklingende Lied und auf den Sang der Vögel. Aber nun mit einemmal hob er den Kopf und horchte, und seine Augen flogen mißtrauisch gegen das Haus hinaus und durch den Wald hin, und streiften zu dem Pfade hinüber, der, wie wir sagten, seitwärts nahe vorbeiführte: es war ein leises Geräusch zu seinem scharfen Ohr gedrungen, das nicht zu den anderen Tönen gehörte, und er hatte es um so deutlicher vernommen, da der Gesang dort drüben, wie gesagt, geendet hatte. Und siehe da, als er auf den Pfad blickte, kam dort richtig ein Menschenkind hergewandert, ein Mädchen oder eine junge Frau, eine große, schlanke Gestalt in ganz schlichter, aber durch ihre Sauberkeit fast zierlicher Kleidung. In der Hand trug sie ein Bündel, und den Kopf bedeckte einer von jenen im Lande gefertigten Strohhüten, die ihn fest umschließen und selbst das Gesicht knapp genug einrahmen. Und da sie den Kopf obendrein gesenkt hielt, war vom letzteren nichts zu erblicken.

Da fingen sie drüben wieder an zu singen: „In einem kühlen Grunde — Da geht ein Mühlenrad —" und da machte die Wandernde jählings Halt und stand und erhob den Kopf und schaute den Tönen entgegen; in den Augen, in der Miene zeigte sich eine sichtbar peinliche Ueberraschung — war sie denn so tief in Gedanken gewesen, daß sie vom vorigen Liede auch nicht einen Hauch vernommen hatte, oder wich der Pfad tiefer drinnen im Walde so weit ab, daß die Töne nicht mehr hinübergedrungen? Und man sah es wohl, sie zögerte und schwankte und wußte nicht, sollte sie weiter gehen, sollte sie umkehren.

(Fortsetzung folgt.)

sofort Schiffbruch erleiden müßte, sobald es seine Versprechungen einlösen wollte. Außerdem wäre die kompakte konservative Mehrheit der Ersten Kammer für ein Linksministerium nicht günstiger, als die bisherige Linkenmehrheit der Zweiten Kammer für das konservative Kabinett, umsomehr als die Linke in der Zweiten Kammer in drei Fraktionen zersplittert ist: Liberale, Sozialdemokraten und unabhängige Sozialisten. Die letzteren lehnen überhaupt jegliche Unterstützung einer Regierung ab, ob sie nun von rechts oder von links gebildet wird. Ganz wie bei uns!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die Friedensresolution des Reichstags

sprach sich der Verband westdeutscher katholischer Arbeitervereine, der die Diözesen Köln, Münster, Paderborn, Osnabrück, Hildesheim, Fulda und Mainz umfaßt, auf seiner in Essen abgehaltenen Jahrestagung aus.

Wo bleibt die Antwort?

Prof. Hans Delbrück beschäftigt sich in dem neuesten Heft der „Preußischen Jahrbücher" mit den letzten Vorgängen im Hauptausschuß des Reichstages und berührt hierbei hauptsächlich die Frage, wieweit das **Verhalten des Reichskanzlers die Wirkung der Friedensresolution beeinträchtigt** habe, und er sagt dazu u. a.:

„In der Sitzung des englischen Unterhauses stellte Herr Asquith die Anfrage, ob Deutschland bereit sei, Belgien nicht nur zu räumen und ihm Reparation zu machen, sondern ihm auch, nicht den Schein der Freiheit, vielmehr die volle, ungehemmte und absolute Unabhängigkeit wieder herzustellen. Daran knüpfte sich nach dem „Manchester Guardian" vom 27. Juli folgende Szene: Der Abgeordnete Snowden rief Asquith zu: „Warum stellt man nicht die Frage an Deutschland?" Mit erhobener Stimme und mit steigendem Nachdruck erwiderte Mr. Asquith, dies sei gerade das, was er jetzt tue, **„ich frage jetzt Deutschland"**, wiederholte er unter Beifall, **„ich möchte die Antwort des deutschen Reichskanzlers auf diese Frage kennen. Ich richte sie jetzt an ihn, soweit ich dazu in der Lage bin es zu tun."**

Die „Daily News" nannten die Asquithsche Frage den Prüfstein des Friedens; der Korrespondent des „Allgemeen Handelsblad" telegraphierte aus London, nie hätte Asquith mit größerer Autorität gesprochen.

Herr Dr. Michaelis hat bis zum heutigen Tage eine Antwort nicht erteilt. Haben die Leute recht oder haben sie nicht recht, die behaupten, daß er tatsächlich nicht auf dem Boden der Friedensresolution stehe? Der Hauptausschuß des Reichstages ist zusammengetreten, und es hat sich ein Vorgang abgespielt, der in der Geschichte aller Parlamente der Welt keinen Präzedenzfall aufweisen möchte."

Wir stimmen mit dem Prof. Delbrück völlig darin überein, wenn er weiter sagt, „der Reichskanzler suche gewiß den Frieden, aber er suche ihn nicht auf dem Wege, auf dem er zu finden ist. Wolle er eine Friedenspolitik, so dürfe er **den Konflikt mit der Partei der Kriegsverlängerer nicht scheuen.** Es gelte, auf die Stimmungen der Völker zu wirken. Die große Gelegenheit sei beim Kanzlerwechsel dagewesen, aber verpaßt worden. „Die zweite Gelegenheit war jene vor der ganzen Welt gestellte Anfrage von Asquith. Nicht nur ganz England, sondern die Welt horchte auf, als Asquith jene Frage stellte — der deutsche Reichskanzler blieb stumm." Die Sitzung des Hauptausschusses habe dann nur „jene unselige Wirrnis zutage gebracht, die bei den anderen das Vertrauen zur Geschicklichkeit des Reichskanzlers vernichtete." Die Beantwortung der Papstnote werde nun die nächste Gelegenheit bieten. Delbrück äußert die Ueberzeugung, daß die Friedensresolution eine andere Wirkung ausgeübt hätte, wenn man nicht im Auslande die Vorstellung hätte, daß der Reichstag machtlos sei, und wenn die Zustimmung des Kanzlers nicht zweideutig erschiene.

„Was geht im Hauptausschuß vor?"

Die „Voss. Ztg." wendet sich gegen die sich steigernde Geheimnistuerei in den Reichstagsausschüssen. Das liberale Blatt schreibt:

„Die Notwendigkeiten des Krieges haben es mit sich gebracht, daß das Schwergewicht der parlamentarischen Verhandlungen in die Ausschüsse verlegt und daß die öffentliche Wiedergabe eines großen Teiles dieser Verhandlungen sich als unmöglich erwiesen hat. Damit darf aber keineswegs gesagt sein, daß die wichtigsten politischen Fragen, die für die Gegenwart und Zukunft des ganzen Volkes von entscheidender Bedeutung sind, nunmehr ganz geheim und ohne jede Kontrolle der Oeffentlichkeit erledigt werden sollen. Einen solchen Zustand verbietet der Sinn des Verfassungslebens, und seine Verwirklichung würde die Wiederkehr oligarischer Zustände bedeuten.

Diese unbefugte Interpretation des Begriffs vertraulicher Ausschußsitzungen ist insbesondere während der letzten Tage an den Beratungen des Hauptausschusses über die besetzten Gebiete geübt worden. Es ist uns bekannt, daß unter diesem Titel nicht nur die schwerwiegendsten Probleme besprochen, sondern daß auch Beschlüsse zum mindesten vorbereitet worden sind, die die Zukunft des Reiches ausschlaggebend zu beeinflussen geeignet sind. Die Oeffentlichkeit hat das Recht, zu fordern, daß sie in so wichtigen Angelegenheiten nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werde; und wir sehen uns nunmehr, wo das System dieser unmöglichen „Vertraulichkeit" noch weiter ausgebildet werden soll, zu der Frage veranlaßt: „Was geht gegenwärtig im Hauptausschuß im Reichstag vor? Welche Probleme sollen dort gelöst werden und vor welchen Beschlüssen steht der Ausschuß?"

Das sind Fragen, deren Beantwortung dringend erforderlich ist.

Wie's gemacht wird.

Am 3. August hielt die Ortsgruppe Friedberg des Alldeutschen Verbandes eine Versammlung ab, aus der sie Telegramme an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Reichskanzler Dr. Michaelis abschickte. Während der Glückwunsch an den Feldmarschall sich in Allgemeinheiten bewegte, hieß es in dem Telegramm an den Reichskanzler mit schöner Bestimmtheit:

„Erachtet die Ortsgruppe Friedberg (Hessen) des Alldeutschen Verbandes es für ausgeschlossen, daß die Erzbergersche Friedensentschließung mit ihrer Ablehnung aller notwendigen Gebietserweiterungen und Entschädigungen Grundlage eines deutschen Friedens werden könne. Wir legen das feste Vertrauen zu Euer Exzellenz, daß unter Euer Exzellenz Führung kein Verzichtfrieden, sondern ein Siegesfrieden gefunden werde."

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat lediglich gedankt „für den Ausdruck der Freude über die herrlichen Waffentaten", Herr Dr. Michaelis hat das Vertrauen ausgesprochen,

„daß die glänzende Kriegslage uns zu einem Frieden verhelfen wird, der die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See dauernd gewährleistet."

Die „Frankfurter Zeitung", der wir diese Mitteilung entnehmen, macht aus diesem Anlaß auf das bedenkliche Treiben gewisser alldeutscher Kreise aufmerksam und gibt auf die Frage, wer eigentlich die „Ortsgruppe Friedberg" des Alldeutschen Verbandes" sei, folgende bezeichnende Antwort:

„Alles in allem etwa ein Dutzend weltfremder Oberlehrer und anderer Beamten, die den Krieg nie anders als von Friedberg aus gesehen haben, die ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, andere Leute zum Durchhalten zu ermahnen, und meinen, vollauf ihre Schuldigkeit gegen das Vaterland getan zu haben, wenn sie ihre goldenen Uhrketten gegen eiserne eingetauscht und ihre Hausfrauen veranlaßt haben, daß sie ihr Zinn und Messing abliefern. Diese Handvoll Leute maßen sich an, den obersten Stellen unserer Reichsleitung in einem Telegramm nahe zu legen, was sie tun und lassen sollen! Weder Hindenburg noch Michaelis konnten natürlich wissen, welche Bedeutung oder vielmehr Bedeutungslosigkeit eigentlich die Ortsgruppe Friedberg des Alldeutschen Verbandes hat. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Professor Gebhard, ist derselbe Herr, der den Geschmack besaß, bei der Nachricht von dem Rücktritt des Herrn v. Bethmann Hollweg sein Haus zu beflaggen."

Natürlich werden die Antworten der Antelegraphierten zur erwünschten Stimmungsmache in der ganzen alldeutschen Presse verbreitet.

Von den Kriegsschauplätzen.

Rußland.

Rußland gegen Finnland.

„Politiken" meldet aus Stockholm: Die „Rußkoja Wolja" erfährt aus sicherer Quelle, daß weitere Abteilungen russischer Kavallerie mit Panzerkraftwagen nach Finnland entsandt wurden. Dort wurde gestern der finnische Landtag trotz des Verbotes der russischen Regierung eröffnet.

Die „Börsenzeitung" teilt mit, daß anläßlich der finnischen Ereignisse innerhalb der Ostsee-Flotte eine Gärung für den Anschluß an die finnische Selbständigkeitsbewegung festgestellt wurde. In einer längeren Konferenz machte der Kommandant der Ostsee-Flotte dem Generalgouverneur davon Mitteilung, daß auf die Marine und die Soldaten kein Verlaß sei. Das Kriegsministerium plant daher die Verlegung neuer Truppen nach Finnland. Unmittelbar nach dem Zusammentritt des Landtags wird das Einrücken neuer Truppen und die Erklärung des Belagerungszustandes geplant.

Auch Moskau

Nach Petersburger Meldungen wurde in der Nacht auf Sonntag bis auf weiteres in Moskau der Zustand des verstärkten Schutzes erklärt, woraus hervorgeht, daß neue Unruhen in Moskau stattgefunden haben.

England.

Gewaltmaßregeln gegen die irischen Freiheitsfreunde.

Die Entwaffnung der Sinnfeiner wird jetzt in ganz Irland durchgeführt. In 16 Städten wurden größere Waffen- und Munitionslager beschlagnahmt. Alle Personen, die weiter an der militärischen Ausbildung von Sinnfeiner-Mannschaften mitwirken, kommen vor ein Kriegsgericht. Über eine Anzahl deswegen Verhafteter wurden Strafen bis zu 2 Jahren Gefängnis verhängt.

Die sozialistische Entente-Konferenz.

Reuter meldet aus London: Bei der Eröffnung der Konferenz der Sozialisten aus den alliierten Ländern sagte Henderson, nachdem er die auswärtigen Vertreter herzlich begrüßt hatte, u. a.: „Die hier vertretenen Länder sind Frankreich, Rußland, Serbien, Griechenland, Portugal, Südafrika und Belgien. Diese Konferenz hat zur Aufgabe, so unparteiisch und gerecht wie möglich die künftige Haltung der Arbeiter und der Sozialisten der Ententeländer hinsichtlich eines Krieges festzustellen. Henderson sprach die Vermutung aus, daß nur wenige Teilnehmer die Erklärung, die von der Londoner Konferenz der Arbeiter und Sozialisten am 14. Februar 1915 geschlossen abgegeben wurde, eingezogen oder wesentlich geändert wissen wollten. „Die Hauptfrage, um die dieser Krieg geht," fuhr Henderson fort, „ist von solch weitgehendem Interesse für die Zukunft der Menschenrasse, daß sie eine kühle und genaue Erwägung fordert. Sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten aus den alliierten Ländern sind hier versammelt. Die Versuche der Mehrheit, die Minderheit umzustimmen, konnten zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Es ist darum besser, durch die Feststellung dieser Meinungsverschiedenheit zu versuchen, eine Grundlage für einen dauerhaften, ehrenvollen und demokratischen Frieden zu finden. Obwohl die Beschlüsse der Konferenz für die Regierungen nicht bindend sind, werden sie doch in der Sache selbst als ein gut erwogenes Urteil des organisierten Proletariats der vertretenen Länder betrachtet werden."

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Ernährung der holländischen Arbeiter in Deutschland.

Ueber 16 000 holländische Arbeiter, die gegenwärtig in Rheinland-Westfalen arbeiten, haben eine Eingabe an den niederländischen Minister des Auswärtigen gerichtet, in der sie bessere Nahrungsmittelversorgung fordern. Sie dürfen gegenwärtig nur alle sechs Wochen ein 5-Pfund-Paket in der Form eines Geschenks zugesandt erhalten. Außerdem bedarf jedes dieser Pakete besonderer Ausfuhrgenehmigung, die ziemlich kostspielig ist. Die holländischen Arbeiter beschweren sich nun darüber, daß andere neutrale Staaten für ihre Angehörigen in Deutschland wesentlich besser sorgen.

Diese Frage wird vielleicht in nächster Zeit noch größere Bedeutung für Holland gewinnen. Die holländisch-deutschen Verhandlungen über Kohlenlieferungen schweben noch immer. Holland wünscht dringlichst eine Monatslieferung von 350 000 Tonnen, aber mehr als 100 000 Tonnen soll Deutschland nach nicht zugesagt haben. Ein größeres Quantum wird es wahrscheinlich nur liefern können, wenn Holland selbst die Arbeitskräfte einsendet. Nun ist es indessen ganz ausgeschlossen, daß Holland eine genügende Zahl von Bergarbeitern für die deutschen Gruben findet, wenn es nicht ausreichende Lebensmittelzusatzlieferung garantiert. Die Kohlenfrage wird in der holländischen Presse im gewohnten Deutschenhaß behandelt. Obwohl die deutschen Zeitungen täglich die ernstesten Mitteilungen über die Kohlennot enthalten, unter der Deutschland selbst leidet, tut die gesamte holländische Presse so, als ob die mangelnde Belieferung Hollands lediglich am bösen Willen Deutschlands liegt. Die holländische Regierung hat soeben ein amtliches Pressebureau für Mitteilungen über die Nahrungsmittelversorgung eingerichtet. Es soll die Oeffentlichkeit von der Notwendigkeit der Regierungsmaßnahmen überzeugen, welche Art und Menge der zu verteilenden Lebensmittel festsetzen. Die ersten Notizen dieses Pressebureaus enthalten nur unbestimmte Redensarten. Es wäre vielleicht ganz nützlich, wenn es die holländische Bevölkerung auch über den wahren Sachverhalt über die Kohlenfrage unterrichtete. Dann würde wohl auch für die holländischen Arbeiter in Deutschland ein Entgegenkommen in der Lebensmittelversorgung günstige Stimmung finden.

Wilson schnürt die Ausfuhr nach neutralen Ländern ab.

Wilson erließ eine Proklamation, die die Ausfuhr sämtlicher Güter nach den neutralen Ländern Europas nur mit Erlaubnisscheinen gestattet und die Liste der Güter erweitert, für deren Ausfuhr an die Alliierten und nichteuropäischen Neutralen Erlaubnisscheine erforderlich sind. Die Liste schließt Baumwolle, alle Fleischwaren, Zucker und die meisten übrigen amerikanischen Ausfuhrgüter ein. In einer besonderen Erklärung sagte Wilson, die erste Absicht der Regierung sei, daß der Feind weder unmittelbar noch mittelbar den Nutzen von amerikanischen Erzeugnissen habe. Die Ausfuhr nach Deutschland und seinen Verbündeten wird förmlich verboten und die Ausfuhr von gemünztem Golde, Silber und Schuldverschreibungen an Erlaubnisscheine gebunden.

Aus dem Gerichtssaal.

Fünf Jahre Zuchthaus für einen Lebensmittelschwindler. Auf welch plumpe Art und Weise sich noch immer zahlreiche Leute von Lebensmittelschwindlern betrügen lassen, zeigte eine Verhandlung, die am Montag vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II in Berlin gegen den Hausdiener Hans Rodig wegen Betruges in strafverschärfendem Rückfall stattfand. Die Opfer des Schwindlers waren eine Anzahl Frauen; einer von ihnen hatte er sich als Amerikaner vorgestellt, der in der Lage sei, von den Franzosen Lebensmittel zu kaufen und ihr deshalb leicht allerhand Waren besorgen könnte. Trotz dieser überaus törichten Lüge gab die Frau dem Angeklagten über 50 Mk., nach deren Empfang sich Rodig natürlich nicht mehr blicken ließ. Einer anderen nahm er 100 Mk. zur Besorgung von Lebensmitteln ab. Er führte diese Frau nach der Dircksenstraße, ging in ein Haus hinein und erklärte dann bei seiner Rückkehr, daß der „Herr Oberleutnant" die Lebensmittel nicht herausgeben wolle. Er bestellte sie deshalb für den nächsten Tag nach einem Bahnhof, wo er ihr erzählte, daß er die Waren bereits in ihre Wohnung gebracht habe. Die Ware koste jedoch noch 10 Mk. mehr, die er auch noch von der Frau erhielt. Die ganze Sache war natürlich Schwindel. Von den anderen Frauen erhielt er Beträge in ähnlicher Höhe ausgehändigt. Vor Gericht spielte er den Geisteskranken und behauptete, gar nicht der Hausdiener Rodig zu sein. Man wolle ihn durchaus zu diesem Rodig machen, und zwar auf Betreiben seiner Verwandten, die sich hinter die Kommandantur gesteckt hätten, „weil er sein Vaterland nicht habe verraten wollen." Zu dieser Verleugnung seiner Person hatte er gute Gründe, denn er ist bereits mehrfach wegen allerhand Betrügereien erheblich vorbestraft und hatte nun eine hohe Strafe zu erwarten. Um seine Angabe, daß er nicht der Rodig sei, zu bekräftigen, hatte er sogar beim Justizminister Anzeige erstattet, daß man mit gefälschten Akten gegen ihn vorgehe. Sein Leugnen hatte jedoch keinen Zweck, denn das Gericht verurteilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus 2100 Mk. Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust.

Der wandernde Hering. In das Treiben der Kettenhändler leuchtete eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Elberfeld. Diesmal handelte es sich um Heringe, die geschoben wurden. Der Bauführer (!!) Wilhelm Schüll aus Düsseldorf hatte Heringe für 195 Mk. die Tonne angekauft und veräußerte davon 20 Tonnen zum Preise von 225 Mk. an den Kaufmann Friedrich Hildebrandt in Barmen. Hildebrandt brachte sie, ohne daß er die Ware überhaupt gesehen hatte, für 280 Mk. die Tonne bei dem Kaufmann Wilhelm Kiel in Langenfeld unter, der sie ebenfalls, ohne daß er der Fische ansichtig geworden wäre, für 300 Mk. an die Geschäftsführerin Laura Deutgen weitergab. Von hier wanderten sie für 330 Mk. an Lazarette (!), und als von den Lazaretten neun Tonnen als unverwendbar zurückgegeben wurden, wurden sie für 345 Mk. die Tonne an einen Rollmops-Fabrikanten abgesetzt. Das Gericht erkannte gegen Kiel auf 300 Mk. Geldstrafe, gegen Hildebrandt auf 600 Mark, gegen Deutgen auf 100 Mk. und gegen Schüll auf 400 Mk. Geldbuße. Das Gericht geißelte in dem Urteile, daß es den Angeklagten nur darauf angekommen wäre, durch unlautere Machenschaften viel Geld zu verdienen. — Das Urteil dürfte vielen unverständlich erscheinen. Anscheinend hat das Gericht nicht genügend berücksichtigt, daß die Angeklagten, in dieser Reihenfolge, Gewinne von 400 Mk., 1000 Mk., 735 Mk. und 600 Mk. gemacht hatten, daß also bei dem Urteil von einer Strafe für das unlautere Geschäft keine Rede sein kann.

Aus Nah und Fern.

Sensationeller Mord. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers" wurde der Gemeindevorsteher Arndt aus Weißfelde in Westpreußen wegen Mordes an einem 25jährigen Soldaten verhaftet.

Explosion in einer englischen Gasfabrik. Reuter meldet aus London: Bei einer Explosion in der Gasfabrik von Grimesthorpe bei Sheffield wurden 30 Personen verletzt. Die Explosion ist auf die Unvorsichtigkeit einiger Arbeiter zurückzuführen.

30 Pfennig Unkosten, 14 616 Mark Verdienst! Die Kaufleute Otto Boenisch in Lichtenberg, Paul Bartneck, Berlin, Karl Lüdorf, Barmen, Oswald Zimmer, Berlin, und Walter Liesner, Berlin, sind vom Kriegswucheramt als Kettenhändler und Preissteigerer ermittelt worden. Sie haben große Mengen Kaffee-Ersatz in wucherischer Weise verschoben. Boenisch bezog den Kaffee-Ersatz waggonweise aus Heilbronn. Er zahlte für den Waggon von 200 Zentner einschließlich Verpackung und Fracht bis Berlin 20 584,40 Mk. und verkaufte den Waggon sofort an Bartneck weiter für 35 200 Mk. Die ganze Leistung, für die Boenisch diesen Verdienst einstrich, bestand darin, daß er an die Fabrik in Heilbronn, die ihm den Kaffee angeboten hatte, einen Brief schrieb und einen zweiten an Bartneck. Für 30 Pfennig Portoauslagen — 14 616 Mark Verdienst! Bartneck verschob die Waggonladung sofort an Ludorf, dieser an Zimmer, Zimmer an Liesner, welcher den Kaffee-Ersatz um 3,50 Mk. das Pfund weiterverkaufen wollte. So war der Kaffee-Ersatz, ohne den Waggon, der auf dem Anhalter Bahnhof stand, überhaupt verlassen zu haben, von 1 Mk. das Pfund auf 3,50 Mk. gestiegen, oder die ganze Ladung von 20 584,40 Mark auf 70 000 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.